

11. Biographische Interviews mit „Atomkraftjournalisten“: Mainichi Shinbun

11.1. *Biographische Interviews: Mainichi Shinbun*

11.1.1. Der Kritiker (Wirtschaftsteil)

I. studierte an einer etablierten Privatuniversität in Osaka Wirtschaft und fing nach seinem Abschluss 1962 bei der Mainichi Shinbun an. Nach seiner Ausbildungszeit im Polizeijournalismus wurde er zum Wirtschaftsteil versetzt. Er arbeitete einige Zeit bei der Wirtschaftszeitschrift *Economist*, die von der Mainichi Shinbun herausgegeben wurde. Als er 1971 über den Nixon-Schock und den Zerfall des Bretton-Woods-Systems berichtete, lernte er einige bekannte Wissenschaftler kennen, die sich in Umweltfragen engagierten³⁵².

I. wurde nach der Ölkrise 1973 zum Wirtschaftsministerium versetzt und war dort unter anderem für den Energie-Presseklub der Vereinigung der Stromversorger (*Enerugī Kisha Club*) zuständig. Er erinnert sich, dass man dort so viel Bier umsonst trinken konnte, wie man wollte. Die Wirtschaftsjournalisten aus dem Energie-Presseklub seien einmal pro Jahr vom TEPCO-Marketing-Chef nach Tōkai-Mura eingeladen worden. Der Sekretär des JAIF habe dort immer Massenmedien-Vorlesungen (*masukomi kōza*) über Atomkraft gegeben. Alle seien mit der Familie hingefahren, und die Firma habe bezahlt (für die Familie musste man aber selbst bezahlen). Nahezu alle Wirtschaftsjournalisten, die über Atomkraft berichteten, seien dort gewesen. Es habe eine Badeanstalt gegeben, wohin man seine Kinder mitnehmen konnte. Dort sei einem natürlich nichts über die negative Seite der Atomkraft beigebracht worden. Alles sei innerhalb eines bestimmten Rahmens erklärt worden. Es handele sich um Recherche innerhalb des Systems (*taisei no naka de shuzai*). Er selbst habe damals aber Zweifel an dieser Herangehensweise gehabt.

352 Er nennt die Ökonomen Tsuru Shigeto und Itō Mitsuharu.

Framing

Um 1975 sei nach den Protesten gegen das atombetriebene Schiff Mutsu eine Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsteil und dem Wissenschaftsteil zustande gekommen. Er selbst sei dann auf die Idee gekommen, eine kritische Reportage zur Atomkraft zu machen, habe die Atomkraft auch mit den oben genannten Forschern diskutiert und diese hätten ihn in seiner Meinung bestätigt, dass „der Atomkraft nicht zu trauen“ sei (*genpatsu ga okashii*). Er fand es besonders problematisch, dass für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle keine Lösungsansätze erkennbar waren.

Konflikte innerhalb und außerhalb der Redaktion

Es habe im Wirtschaftsteil damals eine große Gruppe von Reportern gegeben, die der Meinung waren, dass man Atomkraft fördern solle, wenn man schon die technologischen Möglichkeiten habe. Man nannte sie die Rohstoff-Fraktion (*shigen-ha*). Diese hätten damals mit viel Geld eine Serie zu Rohstoffen gemacht (unter dem Titel „Brennende Erde“; *moeru chikyū*). I. sei deshalb im Wirtschaftsteil isoliert gewesen (*koritsu shita*). Unter den Vorgesetzten habe er aber einige Sympathisanten gehabt.

Der damalige Chefredakteur der Redaktion in Tokyo (*Tōkyō henshū shukan*³⁵³) habe sein Team damals unterstützt. Er war der Meinung, dass die Journalisten zu sehr von oben herab berichteten (*kisha ga ue kara mesen da*). Der Chefredakteur war in Amerika gewesen und hatte dort bei einer Lokalzeitung gearbeitet. Er meinte, dass es notwendig sei, mehr aus Sicht der Verbraucher und aus Sicht der Bürgerbewegungen zu berichten (*shimin undō kara shiyō*). Deshalb habe er eine spezielle Redaktion (*tokubetsu hōdōbu*) eingerichtet, die sich vor allem auf Verbraucherschutz konzentrierte. Sie richteten eine Hotline für Verbraucher ein, um Tipps und Wünsche für die Recherche zu erhalten.

I. hat dort auf Anfrage des Chefredakteurs eine Serie über den amerikanischen Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader (*tatakau Nader*, „Der kämpfende Nader“) gemacht. Außerdem berichteten sie über den geplanten Bau eines Golfplatzes durch einen für Korruption bekannten, ehemaligen Premierminister in kritischer Perspektive (*anti de*) und über die hohen Grundstückspreise.

353 Es handelt sich um Hirano Yūsuke.

Beschwerden

I. initiierte eine kritische Serie zur Atomkraft. Er erhielt dafür Hilfe vom „Vater“ des Wissenschaftsteils der Mainichi Shinbun in Tokyo, Kawai Takeshi. Am Anfang sei es gut gelaufen, aber nach und nach sei die Situation schwierig geworden. Es habe Beschwerden aus der Wirtschaft gegeben, die Zeitung kam in dieser Zeit wirtschaftlich in eine schwierige Lage.

Der Chefredakteur in Tokyo und die Gewerkschaft der Mainichi Shinbun wollten mit ihrer Strategie Leser gewinnen, aber damals wurden Werbeanzeigen zu einer immer wichtigeren Einnahmequelle. Die Mainichi Shinbun stand gegen Ende der 1970er Jahre kurz vor dem Konkurs, und so habe der Druck zugenommen eine „unternehmensfreundliche Zeitung“ (*ki-gyō ni yasashii shinbun*) zu machen. Der damalige Marketingchef von Denjiren beschreibt in einem Buch die Strategie der Stromversorger, mit Werbeanzeigen verstärkten Druck auf die Medien auszuüben. Nachdem zunächst durch Verbindungen beim Branchenführer Asahi Shinbun die Erlaubnis erhalten worden war, politische Meinungsanzeigen zur Atomkraft zu drucken, konnte die Energieindustrie nach und nach auch bei anderen Zeitungen Anzeigen schalten³⁵⁴. Als in der wirtschaftlich schwierigen Lage auch der Anzeigenteil der Mainichi Shinbun anfragte, ob sie Atomkraftanzeigen bekommen könnten, habe er gesagt, „wenn ihr es für richtig haltet, gegen die Atomkraft zu sein, bitte schön“ (*hangenpatsu ga tenka no tame to omou nara dōzo*; Kusakabe 2012) und die Vergabe von Werbeanzeigen vorerst abgelehnt.

Denjiren missfiel damals besonders die Verbraucherschutz-Serie von I. und seinen Mitstreitern. Der Marketing-Chef brachte dies gegenüber der Zeitung deutlich zum Ausdruck. Nach ca. einem Jahr wurde die Serie beendet, und die Mainichi Shinbun erhielt ebenfalls Werbeanzeigen von Denjiren (Kusakabe 2012). Im Wirtschaftsteil wurde zu dieser Zeit z.B. ein illustrierter Zukunftsroman, produziert von „Atompromis“ von JAERO, gedruckt (siehe unten; MS 1977).

Journalismus

I. erzählte im Interview, dass er danach zur Börse und später zur japanischen Zentralbank versetzt wurde. Er sagt von sich, als er Desk wurde, seien „seine Hörner stumpf geworden“ (*tsuno ga toreta*).

354 Vgl. Suzuki (1983).

I. war nie Mitglied in NPOs oder Verbänden, aber damals beim Team für Verbraucherschutz habe man viel mit Verbraucherschutzverbänden wie der Vereinigung der Verbraucher (*shōhisha renmei*) und den Frauenverbänden (*shufuren, fujinren*) zusammengearbeitet. Diese hätten fast ausschließlich unter dem Dach der Sōhyō-Gewerkschaft gestanden. Er selbst sagt aber, er habe danach keinerlei Kontakt mehr mit diesen Gruppen gehabt, ihre Ideologie sei ihm „auf den Wecker gegangen“ (*shugi shuchō ga iya ni natte*). I. wurde später im Anzeigenteil (*kōhōbu*) eingesetzt. Dort sollte er Sponsoren für Events zum 120-jährigen Bestehen der Mainichi Shinbun werben. Nach einer Weile wurde ihm das jedoch zu langweilig, weil er keine Artikel mehr schreiben konnte. Er kündigte und fand eine Arbeit bei einer Universität, wo er elf Jahre lang internationale Wirtschaft unterrichtete. I. war während seiner aktiven Zeit als Journalist nicht Mitglied in Beratungsgremien der Regierung. In diese sei er nie gerufen worden (wahrscheinlich wegen seiner kritischen Haltung). Auch gehört er keiner professionellen Journalistenvereinigung an. Eine Suche über die Datenbank der Parlamentsbibliothek ergab, dass er in der Zeit, von der er sagt, „seine Hörner seien stumpf geworden“, einige Artikel in der Zeitschrift der japanischen Handelskammer publizierte (10 Artikel seit 1985). Auch publizierte er zwei Bücher zu Wirtschaftsthemen. I. war selbst nicht in leitender Funktion bei der Gewerkschaft aktiv. Er sei aber einmal an einer informellen Absprache darüber beteiligt gewesen, wer die nächsten Funktionäre werden sollen, und bezeichnet sich selbst als Sympathisant der Gewerkschaft.

11.1.2. Der investigative Journalist (Gesellschaftsteil, Wissenschaftsteil)

H. hat an einer prestigeträchtigen Universität in Kyushu Rechtswissenschaft studiert. Er wollte ursprünglich Staatsanwalt werden, merkte aber während des Studiums, dass er kein Interesse an der Interpretation von Gesetzestexten hatte. Er bekam durch einen politischen Skandal (1988³⁵⁵) zum ersten Mal Interesse an Journalismus.

355 Im Recruit-Skandal wurde durch Recherchen der Asahi Shinbun bekannt, wie die gleichnamige Personalmanagementfirma im großen Stil Politiker und Beamte mit Aktienanteilen bestochen hatte.

Journalismus

Bereits während des Studiums hatte er Interesse an der Aufdeckung von Skandalen und politischer Korruption (*seiji fusei*). Zum Abschluss des Studiums bewarb er sich bei den Zeitungen Asahi Shinbun, Nihon Keizai Shinbun und Mainichi Shinbun. Bei den rechts stehenden Zeitungsverlagen Yomiuri Shinbun und Sankei Shinbun bewarb er sich nicht (allerdings sagt er, er habe sich damals keine Gedanken wegen deren politischer Ausrichtung gemacht). Im Nachhinein glaubt H., diese Zeitungen hätten ihn möglicherweise wegen ihrer politischen Ausrichtung sowieso nicht angestellt.

Nach seiner Einstellung bei der Mainichi Shinbun 1999 wurde er zur Lokalredaktion in Ōtsu versetzt. Dort durchlief er die klassische Ausbildung im Polizeijournalismus und war relativ erfolgreich (*deki ga yokatta*). H. fand es aber nicht erfüllend, einfach nur die Informationen der Polizisten zu veröffentlichen und wollte möglichst auch eigene Geschichten recherchieren. Er fragte sich, warum die japanischen Behörden das Medikament einer deutschen Pharmafirma, von dem bekannt war, dass es Hirn­schäden auslöste, nicht verboten hatten, und recherchierte dazu auf eigene Faust. Mit dieser investigativen Recherche schaffte er einen Scoop.

Framing und investigative Recherchen

Danach wurde er nach Tsuruga in der Präfektur Fukui³⁵⁶ versetzt. Er war dort der einzige Journalist im Büro der Mainichi Shinbun (in der Präfekturhauptstadt sitzt noch der Desk mit ca. fünf weiteren Mitarbeitern), deshalb konnte er relativ frei recherchieren. Dort sah er zum ersten Mal, wie das „Atomgeld“ (*genpatsu money*) in den Kraftwerkstandorten verteilt wurde. Schon im ersten Jahr in Fukui fand er heraus, dass gestückelte anonyme Spenden von den Energiefirmen an ein kleines Fischerdorf verteilt worden waren. Dies war eine Maßnahme der Stromversorger, um informell das Einverständnis zu gewinnen, dass der Betreiber eines Kraftwerks in der Nähe einen weiteren Reaktor bauen durfte. Auch an die Stadt Tsuruga wurden hohe Summen gespendet. Mit dieser Geschichte veröffentlichte

356 Fukui ist die Präfektur mit den meisten Atomkraftwerken in ganz Japan. Dort stehen insgesamt 13 Reaktoren. Tsuruga ist ein Standort mit mehreren Reaktoren.

er schon im ersten Jahr (in Fukui) relativ viele Artikel und vertiefte sich dort ganz in die investigative Recherche.

H. äußerte den Wunsch, zum Wirtschaftsteil in Tokyo versetzt zu werden, weil er wissen wollte, was der Ursprung der Probleme der japanischen Atompolitik sei. Er wurde jedoch zum Gesellschaftsteil in Osaka versetzt, weil seine Leistungen anerkannt worden waren (und der Gesellschaftsteil von den Vorgesetzten als geeigneter für seine Art von Journalismus gesehen wurde). In Osaka berichtete er über Wirtschaftskriminalitätsermittlungen der Staatsanwaltschaft. Auch dort habe er relativ frei arbeiten können. Er sieht den Gesellschaftsteil der Mainichi Shinbun in Osaka aber relativ kritisch. Er sagt, dort werde investigative Recherche nicht besonders begrüßt. H. war in Osaka dem Wissenschaftsteam (innerhalb des Gesellschaftsteils) zugeteilt. Die Kollegen dort konnten mit seiner investigativen Art Recherche zu betreiben aber wenig anfangen. Auch dort arbeitete er deshalb vor allem allein. Er beurteilt seine früheren Kollegen als zu schwach gegenüber den Autoritäten (*ken'i ni yowai*). H. betont, dass seine Art der Recherche sich auch von der klassischen Arbeit im Gesellschaftsteil unterscheide. Er mache „Prüfungsjournalismus“ (*kenshō-gata*). Er „recherche Umstände und Hintergründe um einen Skandal oder Vorfall herum“ (*jiken no shūhen wo jibun de shiraberu*). Dies sei nicht das gleiche wie Stories, „die man am Eingang aufgreife“ (*iriguchi de tsukanda neta to chigau*). Damit meint H. die klassische Art der Recherche, von einem Polizisten oder Politiker herausgegebene Informationen abzugreifen und damit schneller zu sein als die Konkurrenten. Er benutzt für seine Recherche häufig Anfragen über das Informationsfreiheitsgesetz (*jōhō kōkai seikyū*). 2011 nach dem Atomunfall von Fukushima wurde er nach Tokyo zum Wissenschaftsteil gerufen, um bei den Berichten von der Kontrollbehörde für Atomkraft (NISA/ Nuclear Industry Safety Agency) auszuhelfen. Er sei aber dorthin gerufen worden, weil er sich mit Atomkraftwerken auskenne (weil er lange in Fukui war), um den Aufbau von Atomkraftwerken zu erklären etc. (nicht um investigativ zu arbeiten).

H. hatte allerdings genug Zeit, um wieder eigenständig investigative Recherchen durchzuführen. Durch seine Berichte über Absprachen bei Untersuchungen zu Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Fukushima wurde er bei Atomkraftkritikern und kritisch orientierten Lesern zum Star. Auf einer eigens eingerichteten Werbeseite über H. von der Mainichi Shinbun heißt es, er habe dort „die der Atomkraft eigene Vertuschung und Informationskontrolle der Verwaltung gespürt“ (MS 2016). 2012 wurde er zum Wissenschaftsteil in Tokyo versetzt. Dort fand er heraus, dass bei der Untersuchung zu Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Fukushima, die unter Leitung

der Präfektur Fukushima durchgeführt wird, vor dem offiziellen Treffen der beteiligten Wissenschaftler geheime Vortreffen abgehalten wurden. Auf diesen wurde eine einheitliche Linie abgesprochen.

Für diesen Scoop erhielt H. viel Zuspruch. Er wurde vom Wissenschaftsteil zur Abteilung für Sonderberichterstattung der Mainichi Shinbun versetzt. Dieses investigative Team war schon länger in Vorbereitung. Im April 2012 begann es mit der Arbeit. Dort arbeiten 7 bis 8 Journalisten und noch einmal die gleiche Zahl an Helfern in Teilzeit. Zusätzlich gibt es im Gesellschaftsteil noch eine kleinere Abteilung für investigative Recherche, die sich vor allem auf Wirtschaftskriminalität konzentriert.

Interne Konflikte

H. betont, dass es (außer in der Abteilung für Sonderberichterstattung) *„in der Zeitung eigentlich keinen Platz für investigative Recherche gibt“* (*chōsa hōdō ha amari kangei sarenakatta, chōsa hōdō no ibasho ga nai*). So sei das Verhältnis der Abteilung für Sonderberichterstattung zur Politik-Redaktion schwierig (*seijibu to umaku yatte inai*). Es würden zwar keine direkten Klagen (darüber, dass seine Recherchen das Verhältnis mit den Informationsquellen der Politikjournalisten verschlechterten etc.) vorgebracht, ihm werde aber auf anderem Wege Widerstand entgegengebracht. So erhalte er manchmal von Managern der Firma, die er nicht kenne, E-Mails, die ihm auf Umwegen bedeuteten, er solle sich zurückhalten. Er antworte dann höflich und lasse durchblicken, dass sie ihm nichts zu sagen hätten. Er sei daher schon eine Art *„Spielverderber“* (*oniko*) in der Firma. Das würde *„die Arbeit etwas erschweren“* (*chotto yaririkuku naru*).

Bevor er ein Buch veröffentliche, habe er Angst, dass ein Fehler enthalten sein könne. Er betont aber, dass er seinem Vorgesetzten (dem Abteilungsleiter) vertrauen könne. Dies sei wichtig. H. betont die positive Rolle der Gewerkschaft bei der Mainichi Shinbun. Die Gewerkschaft sei verhältnismäßig stark, sie führe auch Streiks durch und kämpfe für politische Forderungen (*seijteiki ni mo tatakatte iru*), z.B. habe sie eine Erklärung gegen die Verabschiedung des Geheimhaltungsgesetzes (*himitsu hogohō*) 2013 herausgegeben, durch das die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen unter Strafe gestellt wird.

Beschwerden

Er berichtet von einigen Beschwerden gegen seine Berichte, darunter eine vom Wirtschaftsministerium. Von Stiftungen wie JAERO seien keine direkten Beschwerden gekommen, diese benutzten ausgefeiltere Methoden (*kōmyō na shudan*). Sie benutzten z.B. ehemalige Journalisten der Mainichi Shinbun. Auch gebe es einen Blogger, der ihn im Internet hartnäckig angreife. H. glaubt, es handele sich um einen „pronuklearen Aktivist“, der vermutlich seit 20 Jahren im „nuklearen Dorf“ aktiv sei und von einer politischen Vereinigung (*seiji dantai*)³⁵⁷ finanziert werde.

H. hat auf Grundlage seiner Recherchen drei Bücher zum Atomunfall von Fukushima verfasst, eines über die groß angelegte Untersuchung zu Schilddrüsenkrebs bei Kindern und zwei über die Behandlung von Flüchtlingen aus Fukushima durch die Regierung. Außerdem hat er neun (regierungskritische) Artikel in unabhängigen Zeitschriften publiziert über Themen wie investigative Recherche, das Geheimhaltungsgesetz (eine Publikation der Zeitungsgewerkschaft) und über die Themen seiner Bücher. Nach dem Unfall von Fukushima trat H. außerdem gelegentlich als Gastredner bei Veranstaltungen zu investigativem Journalismus und bei Umweltverbänden, NPOs und Gewerkschaften auf und redete dabei meist über den Inhalt seiner Recherchen. Er stellte dabei den Inhalt seiner Recherchen als Journalist vor. Er wurde noch nie in ein Regierungsgremium eingeladen und ist nicht Mitglied in NPOs oder wissenschaftlichen Vereinigungen³⁵⁸.

11.1.3. Der Kritiker (Wissenschaftsteil, Gesellschaftsteil)

O. wurde 1962 geboren. Er studierte an einer Elite-Privatuniversität in Tokyo Verfassungsrecht. Schon während des Studiums wollte er Journalist werden. O. sagt, in seiner Umgebung seien viele gewesen, die Journalist werden wollten. Er bewarb sich nur bei der Mainichi Shinbun (der Aufnahmetest der Asahi Shinbun fand am gleichen Tag statt, deshalb musste er sich für eine der beiden Zeitungen entscheiden), bei Yomiuri Shinbun und Sankei Shinbun bewarb er sich nicht. Damals habe es an den Universitäten noch eine Studentenbewegung gegeben. Für diese habe er sich interessiert.

357 Dies ist die übliche Gesellschaftsform, die japanische Politiker nutzen, um ihre Spendengelder zu verwalten.

358 Der Abschnitt beruht auf zwei Interviews mit H.

Schon während seiner Zeit als Oberschüler ist O. zu einer Versammlung der Anti-Atomwaffenbewegung gegangen. Dort sei ihm aufgefallen, dass die zivile Nutzung der Atomkraft kaum thematisiert werde (*hibaku ga onaji na no ni naze atsukai ga chigau to omotta*). Er sei damals auch schon in Gebiete gefahren, wo Atomkraftwerke gebaut wurden, und habe an Demonstrationen teilgenommen. Selbst die Bauern, die normalerweise obrigkeitshörig seien, hätten gesagt „Nein, danke!“ (*iranai*).

Journalismus

Er entschloss sich Journalist zu werden, um über das Atomproblem zu berichten. Die Asahi Shinbun sei damals noch „pro-Atomkraft“ gewesen, deshalb wollte er zur Mainichi Shinbun gehen. Zunächst wurde er zum Lokalteil nach Kōchi auf der Insel Shikoku versetzt. Während der Zeit als Polizeijournalist werde man trainiert, wie man möglichst gut Freund mit den Polizisten werde und möglichst schnell an deren Informationen komme (*keisatsu jōbō wo narubeku hayaku toru kunren*). Er habe damals Zweifel an diesem System gehabt (*dō ka na to omotta*). O. denkt, es sei wichtig, nicht nur die Informationen der Polizei aufzunehmen, sondern sie auch kritisch zu überwachen (*check suru hitsuyō ga aru*) und Geschichten selbst zu suchen (*jibun no ashi de sagasu*).

Als er nach Ōtsu in der Nähe von Kyoto versetzt wurde, habe er mehr Freiheit gehabt, selbst zu recherchieren. Er habe dort Berichte über die Umweltbewegung zum Schutz des Biwa-Sees (eines großen Sees bei Kyoto) und über die Bewegung zur Gleichberechtigung von Behinderten veröffentlicht, außerdem habe er einen Scoop zu archäologischen Ausgrabungen gelandet, die dort entdeckt worden waren.

Danach wurde er in die Präfektur Fukui versetzt, von wo er über die dortigen Atomkraftwerke berichtete. Nach seiner Zeit in Fukui kam er zum Wissenschaftsteil in Osaka und danach zum Gesellschaftsteil in Osaka.

1996 und 1997 wurde er bei der Einheit für Sonderberichterstattung in Osaka (*tokubetsu hōdōbu*) eingesetzt. Damals sei unter Leitung des dortigen Chefredakteurs³⁵⁹ ein Team aus ca. zwölf Leuten gebildet worden. Sie wollten dort „aufhören, sich nur auf Informationen aus den Presseklubs zu verlas-

359 Kido Atsumu.

sen“ (*kisha club wo deyo*). Sie hätten sich auf Gesundheitsschäden durch Medizin (*yakugai-mondai*) konzentriert³⁶⁰.

Über solche Versuche, aus dem Presseklub-System auszubrechen, sagt O., es gebe Fälle, in denen es funktioniere, und welche, in denen es nicht funktioniere. Wenn es nicht funktioniere, werde üblicherweise gefragt, ob man „*die Reporter wirklich so sehr herumspielen lassen dürfe*“ (*kisha wo sonnan i asobasete ii no ka*). Die Einheit für investigative Recherche in Osaka sei 2003 oder 2004 aufgelöst worden.

Wissenschaftsjournalist?

Nach seiner Zeit bei der Einheit für Sonderberichterstattung wurde er freier Redakteur des Wissenschaftsteils in Osaka. 2006 gewann O. für seine Reportagen zu Gesundheitsschäden durch Asbest den japanischen Journalismuspreis. Er hatte eigentlich nicht den Wunsch Wissenschaftsjournalist zu werden. Er sei „*vom Interesse an der Atomkraft ausgegangen und habe dann sein Themenfeld ausgeweitet*“. Er habe dann allerlei wissenschaftliche Themen, vor allem Umweltthemen, studiert, aber sei „*kein Wissenschaftsfan*“ (*kagaku otaku deha nai*). Er ist auch nicht Mitglied in wissenschaftlichen Vereinigungen.

Framing

Seine Haltung zur Atomkraft sei stark vom kritischen Wissenschaftler Takagi Jinzaburō beeinflusst worden. Ein Buch über die Gefahr durch Plutonium (*Plutonium no Kyōfu*) habe ihn besonders beeindruckt. Er glaube, „*die versteckte Gefahr der Atomkraft sei zu groß*“ (*senzaiteki na kiken ga okisugiru*). Auch sei die Abfallproblematik nicht gelöst. Seine kritische Haltung zur Atomkraft sei „*mit dem Atomunfall von Tschernobyl endgültig geworden*“ (*ketteiteki ni natta*).

Auch ein Unfall in Mihama 1991 während seiner Zeit in Fukui sei ein prägendes Erlebnis gewesen. Es habe sich um einen Austritt von Radioaktivität gehandelt, von dem vorher in einem Gerichtsprozess von dem Betrei-

360 Zur Recherche eines Skandals um verseuchte Blutkonserven, mit denen Patienten mit dem Aids-Virus infiziert worden waren, richteten sie damals ein Hauptquartier in einem Business Hotel in Tokyo ein. Sie hielten dies damals vor dem Gesellschaftsteil in Tokyo geheim, weil sie diesen als Konkurrenz sahen.

berkonsortium behauptet worden sei, dass „so etwas in Japan nicht vorkommen werde“ (*Nibon de ba mazu okinai*). Als es dann doch passierte, bestätigte ihn das in seinen Zweifeln an der Atomkraft. Er betont aber, dass es wichtig sei, die Dinge zunächst einmal anzuzweifeln. Wenn man zu dem Schluss komme, dass Atomkraft sicher sei, dann sei das ebenfalls akzeptabel.

Beschwerden

Gegen seine Artikel erhielt er zahlreiche Beschwerden, vor allem von Dōnen, aber auch von Kansai Electric Power. Kusakabe berichtet in einer Rückschau, dass PR-Manager von Kansai Electric Power sich bei Managern der Mainichi Shinbun über ihn beschwert hätten: „Der O., der geht gar nicht“ (*O. ba nakanaka no mono desu ne*; Kusakabe 2012). O. berichtet von einem Fall, als er in einem Artikel über Abnutzung von Druckwasserreaktoren in Schweden schrieb, dass Kansai Electric Power für diesen Fall auch Maßnahmen treffen müsse. Die Firma habe protestiert, dass der Artikel übertrieben und voller Lügen sei (*uso bakari*). Nach einem Jahr sei dann eingetreten, was er vorausgesagt hatte. Er habe durch die zahlreichen Beschwerden Druck gespürt, aber sein Desk habe ihn beschützt. Er habe nie etwas nicht schreiben können oder sei strafversetzt worden. Die Beschwerden hätten Dōnen und die Stromversorger systematisch betrieben. Er sagt, als er bei der Mainichi Shinbun angefangen habe, habe er gedacht, dass man ihn wohl nicht frei schreiben lassen werde. Letztlich habe er aber eine große Freiheit genossen.

O. war zwei Jahre lang im Stab der Mainichi-Gewerkschaft in Osaka aktiv. Er sagt, die Gewerkschaft der Mainichi Shinbun sei relativ stark (*soko soko chikara ga aru*). Er habe zwar selbst in seiner Position als Gewerkschaftsfunktionär nie direkt wegen des Inhalts der Zeitung einen Konflikt ausgefochten, aber die Gewerkschaft trage auch zur relativen Unabhängigkeit und inneren Medienfreiheit bei. Deshalb sei der Einfluss von Sponsoren von Werbeanzeigen „möglicherweise relativ schwach“ (*wari to yowai kana*), es gebe eine „Trennung von Redaktion und Management“ (*benshū to keiei no bunri*).

Nebenaktivitäten

In ein Regierungsgremium wurde O. noch nie berufen. Er sagt aber, er würde an so etwas teilnehmen, wenn er die Möglichkeit sehe, dass seine Meinung darin ernsthaft gehört werde. Er ist Spendenmitglied (*sanjo kai-in*) bei den NPOs CNIC und Peace Depot, auch hat er Verbindungen zu Gensuikin, er ist aber kein Mitglied bei dieser Gruppe. O. ist Mitglied in zwei Presseklubs in Osaka: beim Club von Kansai Electric Power und Osaka Gas sowie beim Wissenschaftsclub der Universität Osaka. Während seiner Zeit in Fukui war er Mitglied im Club für Stadtpolitik der Stadt Tsuruga und bei Kansai Electric, Dōnen und J-Power. Er ist aber skeptisch gegenüber der Arbeit in Presseklubs. Es sei zwar auch notwendig, Meldungen der Regierung (*happyō*) zu verarbeiten, aber man werde durch die Klubs eingengt. Es sei daher wichtig, selbst Interesse an Themen zu haben. Er finde es interessant Geschichten auszugraben, an denen keiner Interesse habe. Es sei wichtig, Verbindungen zu kritischen Leuten zu haben, dies ermögliche es Journalisten, der Wahrheit näher zu kommen. O. hat zweimal bei der japanischen Lehrgewerkschaft Vorträge über Asbest gehalten (einmal hat er ca. 150 Euro erhalten, einmal ca. 50), außerdem hat er bei der Anti-Atomkraft-NPO CNIC Vorträge gehalten. Er hat ein Buch über Asbest-Gefährdung geschrieben und laut Archiv der Parlamentsbibliothek 13 Artikel außerhalb der Mainichi Shinbun publiziert, z.B. bei der liberalen Zeitschrift Sekai und bei der den unabhängigen Gewerkschaften nahestehenden Zeitschrift Jichi Kenkyū. Er ist zweimal auf Auslandsreisen, die von der Atomindustrie organisiert wurden, gefahren, einmal nach Deutschland und einmal in die USA. Bei solchen Touren bezahlt der Zeitungsverlag die Reisekosten. Er erinnert sich, dass er bei den Touren aus dem Reiseprogramm ausbrach und bei den Atomkraftgegnern recherchierte (der Besuch bei Atomkraftgegnern steht nicht auf dem Programm solcher Reisen)³⁶¹.

11.1.4. Der Umweltjournalist (Wissenschaftsteil)

W. hat an einer prestigeträchtigen Universität Nordostjapans Physik studiert. Er wollte eigentlich Forscher werden, aber dann erfuhr er an der Universität, dass seine Fähigkeiten dafür nicht ausreichten (Tōhoku Daiga-

361 Der Abschnitt basiert, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf meinem Interview mit O.

ku Rigakubu 2008: 24). Außerdem sei ihm aufgefallen, wie klein die Welt der Wissenschaft sei. Er mochte es damals, Zeitung zu lesen, und als er die Wissenschaftsartikel in der Zeitung las, dachte er, „*die könnte ich sicher präziser und besser schreiben*“.

W. sagt, er sei kein politischer Student gewesen. Er bewarb sich bei der Yomiuri Shinbun, der Mainichi Shinbun und der Nikkei Shinbun, weil diese einen Wissenschaftsteil hatten (er bestand den Test früh bei der Mainichi Shinbun, deshalb versuchte er es nicht mehr bei der Asahi Shinbun). Er fing 1990 bei der Mainichi Shinbun an und wurde als Polizeijournalist in Sendai eingeteilt, wo er die ersten fünf Jahre seiner Karriere verbrachte. Beim Polizeijournalismus sei er teilweise erfolgreich, teilweise nicht erfolgreich gewesen. W. erinnert sich, dass er mit einem Pathologen gut ins Gespräch kam, weil dieser auch eine naturwissenschaftliche Ausbildung hatte. An Wochentagen habe er die Polizeireviere abgeklappert, an Wochenenden habe er Wissenschaftler besucht und sei auf wissenschaftliche Tagungen gegangen. Einen besonderen Erfolg habe er mit der Meldung gehabt, dass es in Yamagata eine „weiße Zone“ (*kūbakuchi*) gebe, in der keine Erbenben aufträten. Dies habe er auf einer Spezialistenkonferenz des japanischen Wetterdienstes erfahren und zu einem Artikel verarbeitet, der landesweit gedruckt wurde.

Nach seiner Zeit in Sendai wurde W. zum Wissenschaftsteil in Tokyo gerufen. Dort war er unter anderem für Atomkraft zuständig. 1999 ging er mit Unterstützung eines Professors, den er beim Studium kennen gelernt hatte, für ein Jahr im Sabbatical an die Universität von Alaska in Anchorage. Die Englischkenntnisse, die er während dieses Aufenthalts erwarb, waren ihm in seinem Berufsleben später von Nutzen (Tōhoku Daigaku Rigakubu 2008: 24). Er kehrte zum Wissenschaftsteil in Tokyo zurück und wurde dort Desk. 2004 wurde W. für zweieinhalb Jahre nach Sapporo in Hokkaido geschickt, danach kam er wieder zurück nach Tokyo zum Wissenschaftsteil. 2011 arbeitete er während des Atomunfalls von Fukushima in der Wissenschaftsredaktion in Tokyo.

Framing

W. schreibt in einem Grußwort an sein Seminar an der Universität, dass es schwierig sei, die Risiken der Atomkraft richtig darzustellen. Er sagt, er habe die Atomkraft-Problematik während seiner Zeit als Student zwar gekannt, er habe aber gedacht, dass CO₂-Ausstoß und die daraus entstehende Erderwärmung ein größeres Problem sei. Vor dem JCO-Unfall 1999 in

Tōkai-Mura, bei dem zwei Arbeiter starben, habe es in Japan noch nie direkt menschliche Opfer durch Atomunfälle gegeben. W. habe gedacht, die Unfälle, die passiert waren, seien normale Probleme auf dem Weg der technischen Entwicklung. Er sei sich aber bewusst gewesen, dass die Atomindustrie dazu neige, Unfälle zu verschleiern. Auch sei die Atomkraft wegen der Strahlung, die dabei austrete, nie eine Technologie gewesen, die er gemocht habe. Nach dem Unfall 1999 habe er seine Haltung zur Atomindustrie geändert. Es sei herausgekommen, dass normale Arbeiter, ohne richtig geschult zu werden, Arbeiten mit radioaktiven Materialien ausgeführt hatten. Nach diesem Unfall habe er gedacht, man müsse sich ernsthaft mit diesem Problem beschäftigen. Aber auch damals hat W. gedacht, mehr als der JCO-Unfall werde wohl nicht passieren. Als er dann den Atomunfall von Fukushima miterlebte, sei er erschrocken. Obwohl offensichtlich eine Explosion passiert war, konnte TEPCO das nicht kommunizieren. Da dachte W. sich, „auf die ist kein Verlass“ (*tayorinai to omotta*). Nach dem Atomunfall von Fukushima 2011 habe er endgültig gedacht, es sei besser alle Kraftwerke abzubauen. „Der Mensch könne die Natur nicht übertreffen“ (*shizen ni kanawanai koto ha nai*).

Nebentätigkeiten

W. saß für das Erziehungsministerium 2005 in einem PR-Komitee für die Vermessung des Südpols (Nankyoku Kansatsu Kōhō I'inkai; MEXT 2005). Außerdem ist er Mitglied in einem Komitee des Umweltministeriums, bei dem es um den Aufbau ländlicher Gegenden durch Umweltschutzmaßnahmen geht. Er wurde vom Umweltministerium in dieses Komitee berufen und hat mit seinen Vorgesetzten diskutiert, ob er dort teilnehmen solle. Weil das Thema unpolitisch sei, habe er dort zugesagt. Er berichtet, dass er öfter (ungefähr zehnmal) auf Studententreffen von JAERO gegangen sei. Dort würden Professoren sprechen, die sich gut mit Atomkraft auskennen. Die Treffen fänden normalerweise am Abend für ca. zwei Stunden statt. Da könne man etwas lernen (*benkyō ni naru*). Unter den Professoren seien niemals Atomkraftkritiker. W. meint, es gebe schon das Risiko, dass man dort indoktriniert werde, aber das sei je nach Person verschieden (*kojin shidai*). Es sei als Journalist immer wichtig, das Gegenüber mit Skepsis zu sehen (*aite wo utagatte iru no ha daiji*). Auch an Reisen, die von JAIF und JAERO veranstaltet wurden, habe er mehrfach teilgenommen. Nach dem Atomunfall von Fukushima ist er z.B. nach Finnland zu einer Besichtigung eines Atommüllendlagers gefahren. Die Übernahme der Reisekosten variere je

nach Veranstalter. Er fahre dort mit, weil man sonst nicht in die Atomkraftwerke komme. Dies sei ein Dilemma, weil bei solchen Touren nur positive Informationen über Atomkraft herausgegeben würden.

Seit den späten 1990er Jahren hat W. vereinzelte Vorträge bei NPOs und Universitäten zur Erderwärmung gehalten. Er war früher Mitglied bei den NPOs Greenpeace, WWF und dem Naturschutzbund (Shizen Hogo Kyōkai). Er ist aber inzwischen ausgetreten. W. war außerdem Mitglied in der Vereinigung zur Erforschung von Elektromagnetfeldern (Denjiki Gakkai). Außerdem ist er Mitglied im Japanischen Verband der Umweltjournalisten (Nihon Kankyō Journalist no Kai).

Nach dem Atomunfall von Fukushima hat er auch bei einer atomkraftkritischen Gruppe als Koordinator einer Protestaktion gegen Atomkraftwerke und für erneuerbare Energien gearbeitet, und gehört zu den Gründern eines „Green Press Clubs“, der regelmäßig Pressemeldungen von NPOs und Unternehmen zu Umweltthemen und Corporate Social Responsibility herausbrachte und Zugangsberechtigungen für Touren von Unternehmen zu Umweltthemen, Vorlesungen für „Umweltjournalisten“ (*kankyō kisha*) und Pressekonferenzen mit bekannten Persönlichkeiten organisierte. Dies sei auf Initiative eines NPO-Aktivisten geschehen. Damals hätten sie gedacht, dass man Umwelt und Atomkraft nicht mehr getrennt sehen dürfe, sondern als gemeinsames Problem behandeln müsse. Inzwischen sei diese Gruppe aber wieder inaktiv.

W. hat außerhalb der Mainichi Shinbun 17 Aufsätze publiziert (Suche in der Parlamentsbibliothek). Die meisten behandeln Themen wie Erderwärmung und Umweltpolitik. Einige wurden in Zeitschriften der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung (Zennihon Jichidantai Rōdō Kumiai) publiziert, andere in wissenschaftlichen Zeitschriften. Mit einem Kollegen aus dem Wissenschaftsteil der Mainichi Shinbun zusammen hat er 2001 ein Buch über das Umweltministerium herausgegeben. In einer Publikation 2007 kritisierte er die Erdbebenschutzmaßnahmen in Atomkraftwerken³⁶².

11.1.5. Der Erzieher (Hausfrauenteil, Team für Medizinberichterstattung)

C. wurde 1934 in der Präfektur Aichi geboren. Sein Vater war Arzt, aber weil bereits ein Bruder und eine Schwester dessen Nachfolge angetreten hatten, war er von dieser Verpflichtung entbunden. In der Grundschule

362 Der Abschnitt beruht, soweit nicht weiter gekennzeichnet, auf zwei Interviews mit W.

ging er an sich für Geologie zu interessieren. Er studierte an der Universität Osaka Chemie und plante eigentlich Wissenschaftler zu werden. In seinem Master-Studium wurde ihm allerdings das Thema Strahlenchemie zugewiesen, was er als nicht besonders zukunftsträchtig ansah. Er verlor deshalb die Lust auf die Forscherlaufbahn. Zu diesem Zeitpunkt kam zufällig eine Anfrage von der Mainichi Shinbun zu seinem Lehrstuhl, in der Naturwissenschaftlern Plätze als Wissenschaftsjournalisten angeboten wurden. C. bewarb sich und wurde 1959 von der Mainichi-Redaktion in Osaka eingestellt.

Wissenschaftsjournalist

Er wurde zunächst als Wissenschaftsverantwortlicher für den Kulturteil (*gakugeibu*) in Osaka eingeteilt. Dort verbrachte er seine vier ersten Jahre als Journalist. Wegen der Dringlichkeit, mit der damals Wissenschaftsjournalisten gebraucht wurden, absolvierte er nicht das klassische Training des Polizeijournalismus. Er lernte von seinen Kollegen, „*wen er bei welchen Themen fragen müsse*“, ging bei den Universitäten in Kyoto und Osaka ein und aus und sprach dort mit Wissenschaftlern über ihre Forschung. Nach vier Jahren wurde C. dann nachträglich für den Polizeijournalismus eingeteilt. Obwohl er eigentlich nie den Wunsch gehabt hatte, Journalist zu werden, sei er gut zurechtgekommen. C. sagt von sich, er habe wohl die nötige Anpassungsfähigkeit gehabt. Nach vier Jahren wurde er zum Wissenschaftsteam in Tokyo versetzt.

C. berichtet, zu dieser Zeit sei der Wissenschaftsteil, der Ende der 1950er Jahre gegründet worden war, aufgelöst worden und innerhalb des Gesellschaftsteils wurde ein Wissenschaftsteam aufgebaut. Damals waren die Nachrichten, die im Wissenschaftsteil bei der Mainichi Shinbun produziert worden waren, als nicht spektakulär genug empfunden worden. Es setzte sich die Meinung durch, dass es besser sei, den Wissenschaftsteil innerhalb des Gesellschaftsteils anzusiedeln.

Diese Struktur blieb bis 1982 erhalten. C. spezialisierte sich damals auf Medizin und Life Science, hat aber auch einige Male über Atomkraft berichtet. Er sagt, was er damals berichtet habe, sei eigentlich kein Journalismus gewesen, sondern Wissenschaftskommunikation. Es sei damals die Entwicklungsphase der Atomkraft gewesen. Er meint, die damaligen Wissenschaftsjournalisten hätten allgemein „*nur Wissenschaft bis in die Einzelheiten erklärt*“ (*kamikudaite kaisetsu suru yō na stance*).

Auch er habe z.B. „*keinerlei Idee gehabt, die Sicherheit der Atomkraft zu hinterfragen*“ (*anzensei wo kangaeasou toka iu bassō ha nakatta*). 1979 war er *kyappu* des Wissenschaftsteams. Von JAERO kam eine Einladung für eine organisierte Tour in die Sowjetunion. Er sei mitgefahren und habe auf dieser Grundlage eine Reportage über die sowjetischen Atomanlagen geschrieben.

Framing

Nach seiner Aussage sei damals oberflächliche Berichterstattung üblich gewesen. Kurz vorher hatte sich zwar der TMI-Unfall ereignet, aber er habe trotzdem kein besonderes Bewusstsein für eine Gefahr – etwa durch Unfälle – gehabt. Letztlich habe er dann einfach ein paar Reaktoren und Forschungsanlagen gesehen und diese vorgestellt. Er selbst sei damals von der Notwendigkeit der Atomkraft überzeugt gewesen.

Zu dieser Zeit habe es niemanden gegeben, der gesagt habe, man solle mit der Atomkraft aufhören. Auch nach dem Unfall von Tschernobyl habe er gedacht, dies sei ein vor allem durch menschliche Fehler verursachter Unfall. Auch unterscheide sich der Reaktortyp stark von den westlichen Typen. Wenn man die menschlichen Fehler ausschließen könne, glaubte er, könne man die Atomkraft sicher machen.

Seine Einstellung zur Atomkraft hat C. nach dem Atomunfall von Fukushima geändert. C. summiert seine jetzige Einstellung unter dem Motto „Yes, but“ (in einer leichten Abwandlung). Es sei notwendig die Atomkraft für eine Weile beizubehalten, aber grundsätzlich sei es besser ohne. Weil es in Japan anders als in anderen Ländern Erdbeben und Tsunamis gebe, müsse man bei der Sicherheit sehr streng sein. Die Atomkraft sei zwar im Normalbetrieb sicher, aber „*wenn etwas Unvorhergesehenes passiere, dann werde es schwierig*“. Der Brennstoffkreislauf, den Japan immer noch anvisiere, sei z.B. „*am Ende*“ (*hatan shite iru*). Sowohl die Sicherheit als auch die Wirtschaftlichkeit der Atomkraft sei nicht besonders gut. Zwar wollten die Energiefirmen ihre Atomkraftwerke nicht aufgeben, weil sie damit Geld verdienten, aber aus Sicht der Bürger müsse man sich darüber Gedanken machen, wie man aussteige.

Nebenaktivitäten

1982 wurde der Wissenschaftsteil der Mainichi Shinbun erneut als eigenständige Redaktion aufgebaut. C. wurde damals aber nicht zum Wissenschaftsteil eingeteilt, sondern wurde der Verantwortliche für Medizin im Haushaltsteil. Bis zu seiner Pensionierung 1989 blieb er dort. In dieser Zeit hatte er sehr viel zu tun, so dass er sich nicht mehr dem Thema Atomkraft widmen konnte. C. war nie in Beratungsgremien der Regierung vertreten. Er sieht zwar kein besonderes Problem, in solchen Gremien mitzuwirken, sei aber schlicht nicht berufen worden. C. wurde bereits früh Mitglied der Vereinigung für Chemie (Nihon Kagaku Kai), weil dies auch sein Hauptstudienfach gewesen war. Nach seiner Pensionierung trat er in die soziologische Vereinigung sowie die 2002 gegründete Vereinigung für Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft ein.

Seit den 1970er Jahren war er außerdem stark in der Nichtraucherbewegung engagiert. Er wurde Mitglied und Unterstützer von zwei NPOs in diesem Bereich und arbeitete an einer Zeitschrift mit, die von der Bewegung herausgegeben wurde. Er sagt, er habe zahlreiche kritische Artikel über die Zigarettenindustrie geschrieben und wundere sich immer noch darüber, dass er damals nicht unter Druck gesetzt worden sei. Er glaubt, dass er einerseits die Unterstützung der Nichtraucher gehabt habe und andererseits das Problem in seiner Tragweite nicht so groß gewesen sei wie das Atomproblem. Auch sei das Atomproblem nicht so einfach zu beurteilen wie die Frage nach dem Rauchverbot (Tsuchiya 2014: 243).

Journalismus

Die Aufgabe eines Wissenschaftsjournalisten (als der er sich versteht) sieht C. in erster Linie darin, „*Neuigkeiten aus dem Bereich von Wissenschaft und Technik korrekt und leicht verständlich zu übermitteln*“ (*kagaku gijutsu bun'ya no news wo seikaku to wakariyasuku dentatsu suru*). Auch habe es Nachrichtenwert, wenn neue Zweige der Wissenschaft entstünden. Wenn man sich so etwas anschau, verstehe man schon einen Großteil (der Wissenschaft). Als zweite Funktion sieht er, Probleme und zu lösende Aufgaben aufzudecken, die im Feld von Technologie und Wissenschaft bestehen. Als dritte Funktion nennt er schließlich das Kommentieren von Wissenschafts- und Technologiepolitik. Dies sei aber „*sehr schwierig, weil hier die Gesellschaft eine Rolle spiele*“ (*shakai ga karande kuru kara muzukashii*). Deshalb habe er es nicht geschafft, hier die richtigen Kommentare abzugeben. Auch sei es

eigentlich eine Funktion „den Verlauf der Politik zu überwachen“ (*seiji no keii wo kanshi suru*), aber dies sei „ziemlich schwierig“ (*sore ha naka naka muzukashii*).

JASTJ

C. spielte nach seiner Pensionierung eine wichtige Rolle bei dem Aufbau der japanischen journalistischen Verbände der Wissenschafts- und Technologie-Journalisten (Nihon Kagaku Gijutsu Journalist Kaigi; Japanese Association of Science and Technology Journalists/JASTJ) und dem Verband der japanischen Medizinjournalisten (Nihon Iryō Journalist Kyōkai). 1987, gegen Ende seiner aktiven Zeit bei der Mainichi Shinbun sei ihm von einem Marketing-Manager einer amerikanischen Pharmafirma vorgeschlagen worden, eine Studiengruppe zu bilden, „um ganz ohne geschäftliche Interessen die japanischen Medizinartikel in der Zeitung besser zu machen“ (*Nihon no iryō kiji wo yoku shitai*) (Tsuchiya 2014: 240).

C. war damals Mitglied zweier amerikanischer Verbände, der American Medical Writers Association und der National Association of Science Writers. Zusammen gründeten sie zunächst eine Studiengruppe von 15 Personen und übersetzten das Buch des amerikanischen Wissenschaftsjournalisten David Warren Burkett „Wird die Wissenschaft korrekt übermittelt?“. Daraus entstand die Vereinigung für Medizinjournalisten, die heute über 200 Mitglieder zählt.

Nach seiner Pensionierung arbeitete C. bei einer Universität als Lektor und unterrichtete dort Wissenschaftskommunikation. 1991 wurde er von einem japanischen Mitarbeiter des UNESCO-Hauptquartiers in Paris angesprochen, weil dieser eine internationale Konferenz von Wissenschaftsjournalisten in Tokyo organisieren wollte. Er wurde Vorsitzender des Vorbereitungskomitees. Kishida Junnosuke von der Asahi Shinbun (Chefredakteur der PR-Zeitschrift „En“ von Kansai Electric, Berater von JAERO und Ehrenberater des Instituts für Sicherheitstechnologie von Kansai Electric) wurde Präsident der Gruppe. C. berichtet, die Werbeagentur Dentsū³⁶³ habe dies „irgendwo mitbekommen und sei als Organisator voll mit eingesprungen“ (*honki de kataire shita*). Sie habe „die Riesenmenge an Organisationsarbeit übernom-

363 Dentsū besitzt in Japan eine Monopolstellung als mit Abstand größte Werbeagentur. Kritiker sehen in dieser Agentur eine Schlüsselinstitution der lange währenden Herrschaft der konservativen LDP in Japan (z.B. Van Wolferen 1989).

men“ (*bōdai na jimu wo yatta*). Die Konferenz wurde 1992 abgehalten. Nach seinen Aussagen hätten die damaligen Mitglieder bei Unternehmen Spenden gesammelt. Insgesamt sei eine Summe von mehreren Hunderttausend Euro gesammelt worden (vgl. Tsuchiya 2014: 241). Daraus entstand die Japanische Vereinigung der Technologie- und Wissenschaftsjournalisten (JASTJ)³⁶⁴.

11.2. *Das Unterfeld der Mainichi Shinbun*

Die *Mainichi Shinbun* nimmt beim symbolischen Kapital eine Zwischenposition zwischen *Asahi Shinbun* und *Yomiuri Shinbun* ein. In finanzieller Hinsicht ist sie allerdings sehr viel schlechter ausgestattet als die beiden Konkurrenten. Das Leserprofil ähnelt stärker dem der *Yomiuri Shinbun*. Die Leser sind im Durchschnitt schlechter ausgebildet und verdienen weniger als die der Konkurrenten. Auch gibt es (wie bei der *Yomiuri Shinbun*) mehr Frauen unter den Lesern. Entsprechend der Logik von Bourdieus Karte des sozialen Raums ist die *Mainichi Shinbun* weiter links verortet, weil der Anteil an symbolischem Kapital höher ist als der von ökonomischem Kapital (zumindest auf die Produktionsseite bezogen, bei den Lesern lässt sich nur anhand der Bildungsabschlüsse keine große Differenz zur *Yomiuri Shinbun* feststellen; Kimura 2004). In Bezug auf die Atomkraftberichterstattung trifft diese Vorhersage (wenn man Positionen gegen Atomkraft als links einordnet und Positionen für Atomkraft als rechts) zu.

Kritischer Wissenschaftsjournalismus

Die *Mainichi Shinbun* bildet eine Ausnahme unter den untersuchten Redaktionen. Hier existierte die einzige Wissenschaftsredaktion, in der die Erzieher nicht die dominante Gruppe bilden. Vielmehr gab es in der *Mainichi Shinbun*, wie das Interview mit I. zeigt, seit den 1970er Jahren eine Tradition des kritischen Journalismus sowohl in der Wirtschaftsredaktion als auch in der Wissenschaftsredaktion.

Ein wichtiger Grund dafür scheint die Positionierung des Wissenschaftsteils im Verhältnis zu anderen Teilen der Zeitung, speziell zum Gesellschaftsteil, zu sein. Ein einflussreicher Wissenschaftsjournalist der ersten

364 Soweit nicht anders gekennzeichnet, basiert der Absatz auf meinem Interview mit C.

Generation in der Mainichi Shinbun, Kawai Takeshi, war zusammen mit den späteren „pronuklearen Aktivisten“ von der Asahi Shinbun und Yomiuri Shinbun in den 1950er Jahren Mitglied im Presseklub in Mito. Dort wurde über die frühe Phase des japanischen Atomprogramms berichtet. Ebenso wie seine Kollegen wurde er in die Atomkraftverwaltung eingebunden³⁶⁵. Anders als seine Kollegen wurde Kawai jedoch nicht zum „pronuklearen Aktivisten“. Er brachte 1961 ein Buch mit dem Titel „Die Atomkraft eines seltsamen Landes“ (*Fushigi na kuni no genshiryoku*; Kawai 1961) heraus, in dem er die Atomkraft sehr kritisch darstellte. Ein Kollege von der Mainichi Shinbun bezeichnet ihn als Begründer der japanischen Atomkraftkritik (Interview mit Kusakabe Satoshi).

Im Gegensatz zu den Erziehern im Wissenschaftsteil der anderen Redaktionen, die sich selbst als Teil der Elite verstehen und über Aktivitäten in Think-Tanks und elitären Clubs den Austausch mit Bürokraten und hohen Geschäftsleuten suchen (Kishida 2003), galt Kawai als Rebell, von dem berichtet wird, dass er während seiner Dienstzeit als Schiedsrichter bei einem Basketball-Spiel im Fernsehen gesehen wurde (Interview mit Yokoyama Hiromichi). Er stand dem kritischen Kernphysiker Taketani Mitsuo (vgl. Kapitel 3 und 4) nahe und publizierte zusammen mit diesem in den 1970er Jahren in der Zeitschrift „Mensch und Technologie“ (*Gijutsu to ningen*, vgl. Kapitel 6) atomkraftkritische Artikel.

In der Autorenliste dieser Zeitschrift finden sich unter anderem der Vordenker der japanischen Anti-Atomkraftbewegung, Takagi Jinzaburō, der Generalsekretär der Gensuikin-Bewegung und auch Kawais Nachfolger als Chef des Wissenschaftsteams der Mainichi Shinbun (dieser veröffentlichte z.B. einen Aufsatz mit dem Titel „Die Atomverwaltung hat begonnen Amok zu laufen“; Shimizu 1974).

Kawai gilt als typischer Journalist des Gesellschaftsteils. Im Gegensatz zur Asahi Shinbun und Yomiuri Shinbun wurde bei der Mainichi Shinbun der Wissenschaftsteil Mitte der 1960er Jahre aufgelöst. Stattdessen wurde ein Team von sieben Wissenschaftsjournalisten in den Gesellschaftsteil integriert. Leiter dieses Teams war Kawai (Interview mit C.). Das Wissenschaftsteam wurde in der Mainichi Shinbun der professionellen Logik des Gesellschaftsteils untergeordnet. Der zuständige Desk (der über die Aufnahme von Nachrichten in die Zeitung entscheidet) war kein Wissenschaftsjournalist, sondern ein normaler Journalist des Gesellschaftsteils. Vor diesem Hintergrund entstand die Abteilung für Sonderberichterstattung der Mainichi Shinbun, bei der I. seine atomkraftkritische Kampagne

365 Er war Mitglied im Rechtskomitee des JAIF.

publizierte. Diese Redaktion führte 1975 auch eine Verbraucherschutz-Kampagne zusammen mit der Gewerkschaft Sōhyō und den Verbraucherschutzverbänden durch.

Diese Konstellation führte dazu, dass in der Mainichi Shinbun neben den ebenfalls existierenden Rohstoff- und Fortschrittskampagnen ein Fokus auf die Probleme der Atomkraft gelegt wurde. Die frühen atomkraftkritischen Kampagnen unterscheiden sich vom Framing her nicht sehr von den atomkraftkritischen Kampagnen nach den Unfällen von Tschernobyl oder Fukushima. Zwar wurde nicht direkt die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomkraft formuliert, aber „Accountability“- , „Soft Path“- und „Runaway-Frames“ dominierten die Darstellung der Atomkraft in der Mainichi Shinbun schon vor dem Atomunfall von Tschernobyl (die Analyse dieser Kampagne widerlegt Ōyamas (1999) These, dass „Soft-Path-Frames“ in Japan erst seit den späten 1980er Jahren zu beobachten seien).

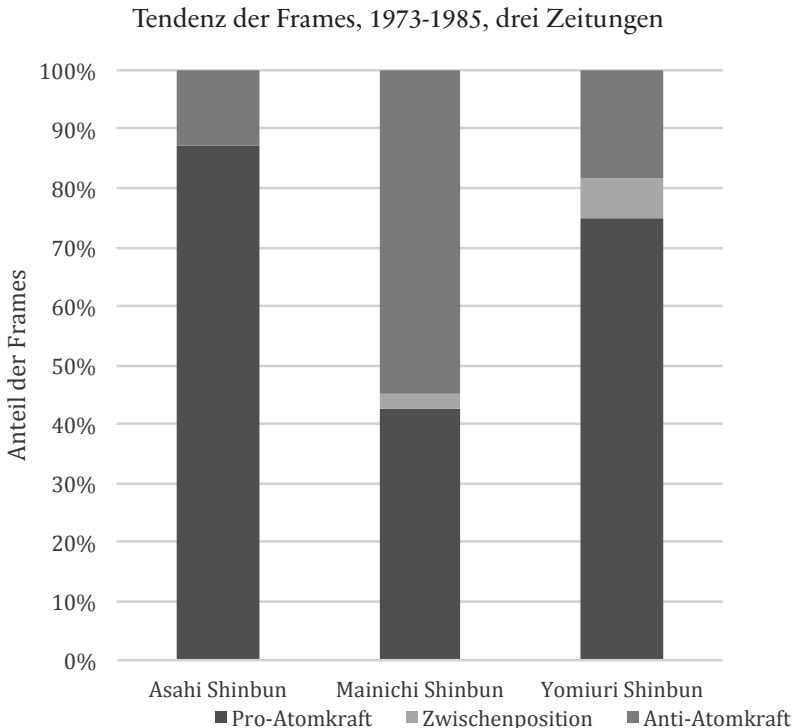


Abbildung 99: Framing in drei Zeitungen, 1973-1985, alle Frames.

Heteronomie

Aus dem Interview mit I. und den Statements des Marketing-Managers von Denjiren (Suzuki 1983) wird deutlich, dass die Mainichi Shinbun ihre konfrontative Linie mit der Bildung einer speziellen Rechercheinheit, die der Verbraucherbewegung nahe stand, auf Druck der Atomindustrie schon in den 1970er Jahren einstellen musste (oder präziser, sie auslaufen lassen musste; die Kampagnen wurden nicht unmittelbar abgebrochen, aber sie wurden nicht fortgeführt; Kusakabe 2012). Grund dafür war die wirtschaftliche Schwäche der Zeitung (siehe unten). Kusakabe (2012) beschreibt in einer Rückschau in der Mainichi Shinbun, wie ein Journalist angerufen wurde, für eine Sonderbeilage positive Berichte über die Atomkraft zu schreiben (Kusakabe 2012).

Eine Serie, die 1977 im Wirtschaftsteil gedruckt wurde, lässt sich z.B. eindeutig als getarnte Werbung der Atomindustrie identifizieren. In dem Sechsteiler wurden mit Überschriften wie *„Wir glauben an die Sicherheit“* und *„Die Heimat des Atoms“* Berichte über die Atomprogramme aus verschiedenen Ländern präsentiert. Zu jedem Bericht wurde ein Kommentar von einem „Atompromi“ gedruckt.

Diese gaben Slogans aus wie *„Für den Aufbau einer eigenständigen kerntechnischen Basis“* und *„Beeilt Euch mit dem Wechsel von Erdöl“* (zu *Atomkraft*) (MS 1977). Das Framing der Atomkraft in dieser Serie war ausschließlich positiv. Abgerundet wurde die Serie von einer Kurzgeschichte eines „Atompromis“, die davon handelt, wie eine Familie wegen Strommangels (*„Die Atommeiler wurden wegen des Protestes der Atomkraftgegner gestoppt“*) einen unerträglich heißen Sommer ohne Strom und Klimaanlage verbringt (MS 1977: 8). Der Illustrator der Serie gehörte ebenfalls zu den „Atompromis“, die regelmäßig bei Vorträgen der „Stiftung für Atomkraftkultur“ auftraten (JAERO 1994).



Abbildung 100: Der Zukunftsroman „Die graue Familie“ (MS 1977).

Lobbyisten im Gesellschaftsteil und Kritiker im Wissenschaftsteil

Obwohl die Abteilung für Sonderberichterstattung aufgelöst wurde und im Wirtschaftsteil pronukleare Werbeartikel platziert wurden, blieb im Wissenschaftsteil (und später wieder im Wissenschaftsteil) der Mainichi Shinbun die kritische Fraktion tonangebend. Der ehemalige Leiter des 1984 neu aufgebauten Wissenschaftsteils (Abteilungsleiter im Wissenschaftsteil 1995-1998) sagt, Kawai habe ihm „*eingebläut, Atomkraft sehr kritisch zu betrachten*“ (*banzen mo kibishiku yaru yō ni iwareta*; Interview mit Yokoyama Hiromichi). Deswegen war die Mainichi Shinbun die einzige der untersuchten Firmen, die nicht in der „Gruppe über Atomkraftberichterstattung nachdenken!“ vertreten war.

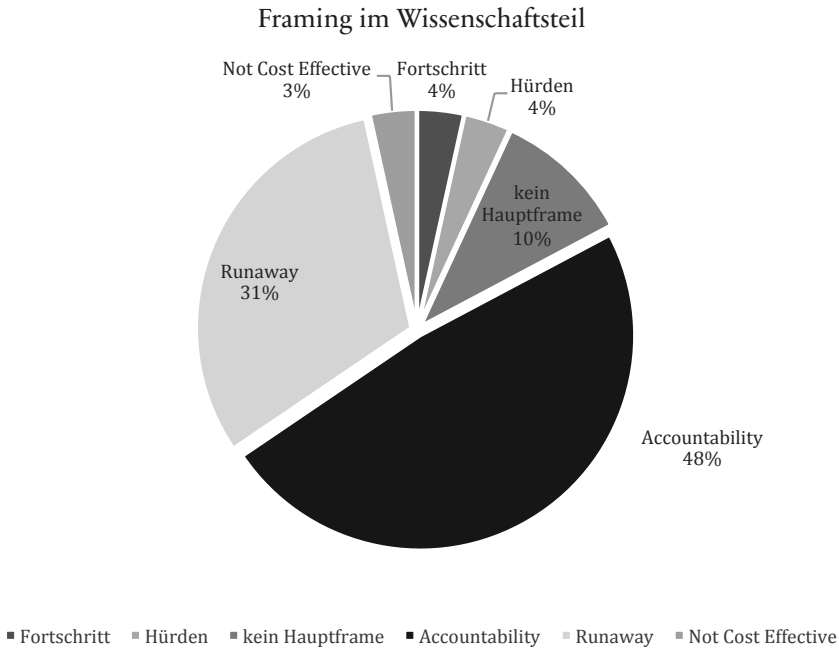


Abbildung 101: Framing im Wissenschaftsteil der Mainichi Shinbun, 1973 bis 2010.

Neben den PR-Kampagnen wurden auch normale Fortschrittschroniken wie die von C. beschriebene Serie zur Atomkraft in der Sowjetunion gedruckt (die auf Einladung von JAERO zustande kam; Interview mit C.), diese machen bei den Serien der Mainichi-Wissenschaftsredaktion aber einen geringen Anteil aus. Daher zeigt sich bei der Mainichi Shinbun das eher untypische Muster, dass das Framing im Wissenschaftsteil atomkraftkritisch ist, während das Framing im Gesellschaftsteil mehrheitlich positiv ist (das relativ positive Framing im Gesellschaftsteil geht aber vor allem auf eine lange Serie zurück, die möglicherweise als PR-Kampagne einzuordnen ist³⁶⁶).

366 Diese Serie wurde von einem Redakteur ohne feste Zugehörigkeit (vorher beim Gesellschaftsteil) 1989 geschrieben. Sie macht aufgrund ihrer Länge einen relativ großen Teil der gesamten Berichterstattung in der Stichprobe vor 2011 aus und könnte mit Unterstützung der Atomindustrie geschrieben worden sein. Möglich ist aber ebenso, dass es sich um eine aus Eigeninitiative recherchierte

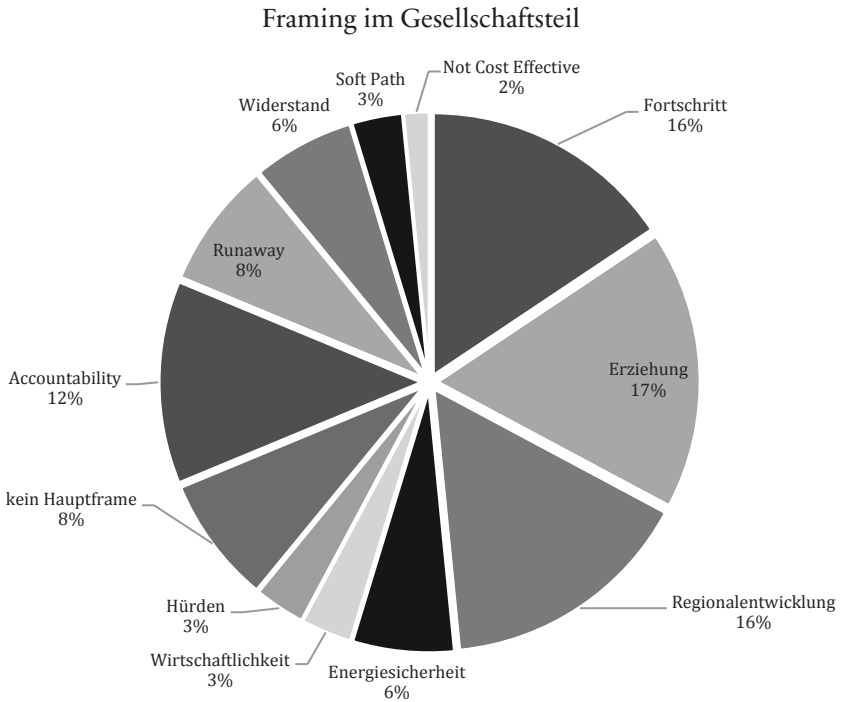


Abbildung 102: Framing im Gesellschaftsteil der Mainichi Shinbun, 1973 bis 2010.

Redaktionsstruktur und Position im journalistischen Feld

Auch in der Zeit nach dem Atomunfall von Tschernobyl hat die Atomindustrie wiederholt versucht, Druck auszuüben, um kritische Berichte in der Mainichi Shinbun zu unterbinden. Der oben zitierte Journalist berichtete, es habe Widerstände gegen ihn als Chefredakteur der Wissenschaftsredaktion gegeben, weil er als zu kritisch eingeschätzt worden sei. Irgendjemand (in der Redaktionsleitung) habe ihn dann aber wohl gedeckt.

pronukleare Serie handelt. Der betreffende Journalist lehnte ein Interview ab und sagte, er wolle nicht über die Vergangenheit sprechen. Ob die 110-teilige Serie auf Eigeninitiative des Journalisten zustande kam oder ob es sich wie bei der oben erwähnten Serie um PR handelt, lässt sich letztlich nicht überprüfen. Ein anderer Journalist der Mainichi Shinbun äußerte im Interview aber eine derartige Vermutung (Interview mit Kusakabe Satoshi).

Ihm wurde jedoch gesagt, er solle, wenn er eine Serie schreiben wolle, diese zuerst dem Chefredakteur zeigen. Es sei auch wiederholt Druck vom Management der Zeitung ausgeübt worden. Dem Präsidenten der Mainichi Shinbun wurden bei gemeinsamen Frühstückstreffen (*chōshokukai*) mit dem Chef von TEPCO direkt Beschwerden über spezifische Artikel und einzelne Journalisten unterbreitet (*kono kisha ha genki ga ii toka, ... hitsuke no kiji ha nan desu ka toka*; Tsuchiya 2014: 83). Wenn der Präsident der Zeitung „Entschuldigung“ sage und es dabei belasse, ließen sich derartige Forderungen ignorieren, aber der damalige Präsident, Saitō Akira (Chefredakteur und danach Präsident, 1998-2004 sowie Aufsichtsratsvorsitzender, 2004-2005), habe den Druck nach unten weitergegeben. Der Journalist glaubt, derartiges sei bei allen Zeitungen passiert, weil die Stromfirmen ja überall wichtige Sponsoren waren. Auch er habe dadurch zum Teil Selbstzensur geübt:

„Auch ich habe dadurch zum Teil Selbstzensur geübt. Manchmal habe ich mir gedacht, wenn ich so etwas schreibe, gibt es wieder Ärger“ (Tsuchiya 2014: 86).

Yokoyama erklärte, die Zusammenstöße mit einem Teil des Managements seien auch ein Grund für ihn gewesen, die Firma zu verlassen (Tsuchiya 2014: 86). Er habe angefangen zu glauben, bei Zeitungen *„sei das eben so“* (*dass man nicht alles schreiben dürfe; shinbunsha ha konna mono ka na to omotta*; Interview mit Yokoyama Hiromichi).

Auch der investigative Journalist H. erzählte, dass er Anrufe von ihm unbekanntem Managern bekommen habe. Kusakabe (2012) hat berichtet, wie ehemalige Journalisten der Mainichi Shinbun, die während des Erdbebens 2011 mit dem TEPCO-Aufsichtsratschef auf einer China-Reise waren, bei ihnen bekannten Redaktionsleitern Protestanrufe tätigten, weil sie meinten, die Perspektive des Aufsichtsratschefs sei in einem kritischen Artikel über dessen Reise nicht ausreichend berücksichtigt worden (Kusakabe 2012). Hier lässt sich die Taktik der Stromversorger und JAERO erkennen, über gute Verbindungen zu ehemaligen Journalisten Kontrolle über die Inhalte der Zeitung auszuüben³⁶⁷. Ob diese Taktik funktioniert, hängt vor allem von den Redakteuren in Führungspositionen ab.

Die Mainichi Shinbun ist in einer Hinsicht besonders anfällig für derartige Strategien. Die Zeitung ist im Vergleich zu Asahi Shinbun und Yomiuri Shinbun finanziell sehr viel schlechter gestellt. In der frühen Nach-

367 Im Fall der Chinareise des TEPCO-Aufsichtsratsvorsitzenden wurden die Proteste nicht berücksichtigt (vgl. Kusakabe 2012).

kriegszeit, als die japanischen Zeitungen ihre Auflage stark ausweiteten, blieb die Mainichi Shinbun hinter den Rivalen zurück.

Eine Affäre um Geheimnisverrat eines Journalisten 1971³⁶⁸ und eine Preiserhöhung 1974 führten zum Verlust von Abonnenten (Mainichi Shinbunsha 2002, Mainichi Shinbun Rōdō Kumiai 1995). Nach der Ölkrise geriet die Zeitung deshalb in finanzielle Schwierigkeiten und stand 1975 kurz vor dem Bankrott. In der offiziellen Firmengeschichte wird als Grund das Fehlen einer einheitlichen Firmenstrategie aufgrund der Existenz verschiedener Fraktionen im Management angegeben (Mainichi Shinbunsha 2002). Hintergrund ist, dass der ehemalige Inhaber der Mainichi Shinbun bereits 1921 die meisten Aktien von der Firma zurückkaufen ließ. Während der Kriegszeit wurden nahezu alle Aktien der Mainichi Shinbun dann in den Besitz der Mitarbeiter gebracht (Imanishi 2008: 141).

Nach dem Krieg wurde ebenso wie in der Asahi Shinbun eine Gewerkschaft gegründet. Das Management trat geschlossen zurück (im Fall der Mainichi Shinbun traten sogar alle Chef- und stellvertretenden Chefredakteure der Teilredaktionen zurück). Von allen Mitarbeitern wurde ein 18-köpfiges Komitee gewählt, welches den neuen Aufsichtsrat bestimmte (Imanishi 2008: 141). Die Aktien wurden von den Mitarbeitern und vom Management gehalten. In der offiziellen Geschichte der Mainichi Shinbun heißt es dazu:

„Das Management der Mainichi Shinbun unterscheidet sich von dem der Asahi Shinbun und der Yomiuri Shinbun dadurch, dass es keinen Chef oder Inhaber gibt, der eine große Mehrheit der Aktien hält. Alle Mitarbeiter sind Inhaber der Zeitung“ (Mainichi Shinbunsha 2002 Band 2: 11).

Die Geschichte der Mainichi-Gewerkschaft sowie die offizielle Firmengeschichte stimmen darin überein, dass diese Verteilung der Macht und das Fehlen einer einheitlichen Strategie ein Grund für die Anhäufung eines Schuldenberges war, der im Zuge der Ölkrise zur Gefahr für den Fortbestand der Firma wurde. Ein neuer Präsident wollte, um das Überleben der Firma zu sichern, Kapital von Investoren außerhalb der Firma sammeln.

368 In der sogenannten Nishiyama-Affäre gelangte ein Journalist der Mainichi Shinbun an geheime Dokumente, die belegten, dass die japanische Regierung den USA geheime Zahlungen als Ausgleich für die Rückgabe von Okinawa an Japan zugesichert hatte. Als das Material über Umwege zu einem Abgeordneten der Opposition gelangte und im Parlament zum Streitthema wurde, ließ die Regierung den Journalisten verhaften und er wurde später wegen Geheimnisverrat verurteilt (Mainichi Shinbun Rōdō Kumiai 1995).

Der Plan sah vor, eine Art „Bad Bank“ zu gründen und die Mitarbeiter in eine neue Firma mit 98 Prozent Anteil an Kapital von Anteilseignern aus der Wirtschaft zu überführen. Die Gewerkschaft der Mainichi Shinbun, die zu diesem Zeitpunkt an Stärke gewonnen hatte, protestierte gegen den starken Einfluss von Anteilseignern aus der Wirtschaft und setzte mit Unterstützung von anderen Gewerkschaften, Bürgergruppen und Intellektuellen durch, dass mindestens die Hälfte des Aktienbesitzes im Besitz von Mitarbeitern der Zeitung und Tochterfirmen blieb (Mainichi Shinbun Rōdō Kumiai 1995: 142-170).

Die Manager des Fonds, der diese Aktien hält, werden zur Hälfte von der Gewerkschaft gestellt. Auch wurde die Unabhängigkeit der Redaktion von Sponsoren in den Statuten der Mainichi Shinbun (*henshū kōryō*) festgeschrieben und die Einrichtung eines Komitees zur Überwachung der Einhaltung dieser Regeln (*henshū kōryō i'inkai*) beschlossen. Die Mitarbeiter haben das Recht, dieses Komitee anzurufen, wenn sie die Meinungsfreiheit oder die Unabhängigkeit der Redaktion bedroht sehen³⁶⁹.

Unter den landesweiten Zeitungen setzt die Mainichi Shinbun am stärksten auf Eigenverantwortung der Journalisten und erlaubt stärker als die Konkurrenten individuellen Journalisten ihren eigenen Standpunkt zu vertreten. So wurde 1975 auf Initiative des von I. im Interview erwähnten Chefredakteurs in Tokyo (der Initiator der Sonderredaktion, die sich in den 1970er Jahren Verbraucherschutz-Themen widmete) eine für individuelle Standpunkte vorgesehene Kolumne eingerichtet. Dort dürfen die Kolumnisten auch der im Kommentarteil vertretenen Firmenmeinung (*shasetsu*) widersprechen (Mainichi Shinbunsha 2002).

Journalisten der Mainichi Shinbun betonen, dass in der Zeitung die Meinungen der Journalisten nicht der Firmenlinie folgen müssen (Interview mit Kusakabe Satoshi). In den 1990er Jahren wurde die Regel eingeführt, dass Artikel grundsätzlich mit dem Namen der Verfasser unterzeichnet werden (vorher wurde dies nur bei Reportagen aus dem Ausland und in besonderen Fällen bei Artikelserien und Kommentarartikeln praktiziert). So soll bei der Mainichi Shinbun durch Eigenverantwortung der Journalisten die Qualität der Artikel sichergestellt werden. Auf diese Art wird bei der Mainichi Shinbun mit einigem Erfolg trotz der prekären finanziellen Situation journalistische Autonomie gewährleistet und eine kritische Distanz auch gegenüber wichtigen Sponsoren erhalten.

369 Diese Regelungen sind bis heute in Kraft.

Die Grenzen der Autonomie: Umweltkampagnen

Dass dies ein Dilemma darstellt, wird deutlich, wenn man sich die Geschichte der Umbenennung des Wissenschaftsteils in den Umwelt- und Wissenschaftsteil (*kankyō-kagakubu*) ansieht. Laut der offiziellen Geschichte der Mainichi Shinbun wurde 1995 auf Initiative eines für seine Reportagen zur Umweltverschmutzung in den 1970er Jahren berühmt gewordenen „Umweltjournalisten“³⁷⁰ (1991-1993 Chef des Wissenschaftsteils) und eines Managers ein „Komitee zur Warnung vor der Gefahr des 21. Jahrhunderts“ (21Seiki Keikoku I'inkai) gegründet.

Unter Leitung des Chefredakteurs und in Zusammenarbeit der Wissenschafts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Auslandsteile sowie des firmeneigenen Forschungsinstituts zum Bevölkerungsproblem (Jinkō Mondai Chōsakai) führte die Zeitung eine groß angelegte Kampagne für Umweltschutz durch. Das Komitee wurde aus 18 bekannten Persönlichkeiten gebildet, es wurden zahlreiche Symposien durchgeführt und mehrere lange Artikelserien gedruckt. 1996 wurde vor diesem Hintergrund der Wissenschaftsteil in den Umwelt- und Wissenschaftsteil umbenannt. Ehrenvorsitzender des besagten Komitees wurde der damalige Präsident von TEPCO (Hiraiwa Gaishi). Der spätere Erziehungsminister Arima Akito, ebenfalls eine Schlüsselperson der Medienstrategie des „nuklearen Dorfes“ (er ist Vorsitzender in mehreren pronuklearen NPOs), wurde zum Sonderberater der Mainichi Shinbun ernannt. In einem Komitee zur Technologiebewertung, das im Rahmen dieser Kampagne eingerichtet wurde, saß der TEPCO-Verantwortliche für Kraftwerksbau- und gesellschaftliche Maßnahmen (*ricchi-kankyō taisaku honbushō*)³⁷¹, der für TEPCO das Standortmarketing für Atomkraftwerke durchführte. In der Firmengeschichte der Mainichi Shinbun heißt es:

„Um unter Führung des Komitees zur Warnung vor der Gefahr des 21. Jahrhunderts eine Kampagne durchzuführen, brauchte es Kapital für den Druck zusätzlicher Seiten. Deshalb wurde die Kampagne in enger Koordination zwischen Redaktion und Anzeigenabteilung unter Leitung des ehemaligen Wirtschaftsredakteurs, Tsuruoka Mitsuhiro, geplant“ (Mainichi Shinbunsha 2002 Band 2: 866).

370 Es handelt sich um Hara Takeshi.

371 Kobayashi Osamu ist selbst an verschiedenen pronuklearen NPOs beteiligt und als „Umweltberater“ beim Umweltministerium registriert.

„Die Anzeigenplanung in Koordination mit der Kampagne war sehr erfolgreich (...). Am Ende übertraf der Ertrag die Vorstellungen und trug deutlich zum Gewinn bei. Beilagen mit Werbeanzeigen von (...) Toshiba, (...) Hitachi, (...) TEPCO, Denjiren, Mitsubishi Jūkō (...) zeigten den Weg zu einer neuen Art von Werbung, in der Unternehmen sich geradeheraus mit den Umweltproblemen beschäftigen und sich dem Paradigma der Koexistenz mit der Umwelt verschrieben“ (Mainichi Shinbunsha 2002 Band 2: 868).

Die oben genannten Sponsoren sind der Kern des „nuklearen Dorfes“. Sie produzieren Atomreaktoren und betreiben diese. Der genannte Wirtschaftsredakteur wurde, nachdem er bei der Mainichi Shinbun aufgehört hatte, Chefredakteur der Zeitschrift „Atomkraftkultur“ (herausgegeben von JAERO). Er könnte wohl als ein Pendant zum oben vorgestellten Lobbyisten bei der Yomiuri Shinbun gelten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der damalige Leiter des Wissenschaftsteils berichtete, er habe immer wieder starken Druck von oben gespürt (*hishi hishi to atsuryoku wo kanjita*).

Die Mainichi Shinbun hat im Rahmen der oben genannten Kampagne von März 1996 bis Februar 1997 monatlich eine Sonderausgabe über mehrere Seiten, eine 19-teilige Serie unter dem Titel „Umwelt 97“ und vier groß angelegte „NPO-Diskussionsforen“ veranstaltet. Im Februar 1997 (zum 125-jährigen Bestehen der Mainichi Shinbun) wurde ein internationales Symposium mit den Mitgliedern des Komitees und der Veröffentlichung einer „Erklärung von Tokyo“ (Tōkyō Sengen) veranstaltet. Dazu wurden Beiträge auf zahlreichen Sonderseiten publiziert. Auch in den folgenden Jahren wurden jeweils zwei- bis dreimal jährlich Vortragsveranstaltungen und Symposien im Rahmen der Kampagne veranstaltet und eine große Zahl von Artikelserien zum Thema Umwelt publiziert. Von 1995 bis 2002 wurde außerdem zusammen mit einer koreanischen Zeitung ein japanisch-koreanischer Umweltpreis vergeben. 2001 wurde die Kampagne in kleinerem Rahmen mit einem „Komitee zur Schaffung einer nachhaltigen Gesellschaft“ (Jizoku Kanō na Shakai Sōzō I'inkai) fortgeführt. 2007 wurde sie in das „Hauptquartier für Umwelt, Wasser und Grün“ umbenannt (*Mizu to Midori no Chikyū Kankyō Honbu*), das weiterhin regelmäßige Sonderteile druckt und in kleinerem Rahmen Veranstaltungen organisiert.

Es fällt auf, dass die Atomkraft als Thema im Rahmen der Sonderausgaben und Artikelserien der Kampagne so gut wie nie auftaucht³⁷².

Es wurden im Rahmen der gesamten Kampagne keine weiteren PR-Beiträge zur Atomkraft gedruckt. Es findet sich auch eine vereinzelte negative Äußerung zur Atomkraft (MS 2002)³⁷³.

Anders als der Konkurrent *Yomiuri Shinbun* hat sich die Redaktion trotz wirtschaftlicher Notlage nicht dazu bringen lassen, eine PR-Kampagne für die Atomwirtschaft durchzuführen. Im Rahmen der Kampagne (sowie auch in den Folgekampagnen bis 2011) wurde ein positives Bild von erneuerbaren Energien gezeichnet, während die *Yomiuri Shinbun* in ihrer fast zehn Jahre währenden Energiekampagne die Abwehrrhetorik der Stromversorger übernahm.

Andererseits drängt sich der Eindruck auf, dass im Rahmen der Umweltkampagne vom Management eine Art Nichtangriffspakt mit den Stromversorgern geschlossen wurde. Kommunikationswissenschaftler und Forscher im Bereich der Ideengeschichte haben bemerkt, dass Atomkraft und Umweltschäden in Japan anders als in den meisten Ländern in der Regel nicht zusammen thematisiert wurden (Mikami et al. 1995, Avenell 2012).

Auch bei den langen Umweltserien der japanischen Zeitungen³⁷⁴ seit den 1990er Jahren ist dies der Fall. Bei den regelmäßigen Artikelserien des „Hauptquartiers für Umwelt, Wasser und Grün“ der *Mainichi Shinbun* ist bis 2011 die Atomkraft ebenfalls nicht thematisiert worden. Der Chefredakteur (und spätere Präsident und Aufsichtsratsvorsitzende) Saitō Akira

372 Die einzige positive Äußerung zur Atomkraft findet sich bei einem Symposium im September 1997. Dort äußert sich einer der „Atompromis“ der Gruppe ETT in typischer Manier (MS 1997). Der Journalist, der als Moderator auftrat, antwortete darauf, dass es im Beratungsgremium für Umweltpolitik einen heftigen Streit um das Verhältnis von Atomkraft und Klimaschutz gegeben habe, und ging schnell zum nächsten Thema über. An anderer Stelle schaffte es ein weiterer der ETT-Promis in einem dreiteiligen Interview beim Kulturteil seine Position zu veröffentlichen. Dort argumentiert er für den Bau von Atomkraftwerken als Klimaschutzmaßnahme. Das Interview ist nicht als Teil der Kampagne ausgewiesen, aber es wurde von einem Mitglied des „Forschungsinstituts zum Bevölkerungsproblem“ geführt (welches bei der Kampagne beteiligt war MS 1996 a, b, c). Vieles weist darauf hin, dass es sich hier um einen versteckten PR-Artikel handelt.

373 Diese Sitzung fand allerdings schon nach dem Ende der Hauptkampagne statt, zu einer Zeit, als TEPCO aufgrund eines Skandals die meisten Werbeaktivitäten einfrieren musste (vgl. Honma 2015).

374 Alle drei Zeitungen haben seit den 1990er Jahren Kampagnen zum Thema Umwelt durchgeführt. In keiner der untersuchten Zeitungen wurde die Atomkraft in diesem Rahmen thematisiert.

war laut der offiziellen Geschichte der Mainichi Shinbun eine zentrale Figur bei der Kampagne. Er war es auch, der dem Chefredakteur der Wissenschaftsredaktion einzelne Journalisten und spezifische Artikel nannte, deren Position zur Atomkraft zu kritisch war. Ein Journalist, der anonym bleiben will, berichtet, die Atomindustrie habe in einigen Fällen direkt über Saitō Beschwerden eingereicht, die dieser dann in Form von Druck nach unten weitergab³⁷⁵.

Dass die Mainichi Shinbun Ziel dieser Eingriffe wurde, erklärt sich einerseits durch ihre Heteronomie aufgrund der finanziellen Lage, andererseits aber auch dadurch, dass die Mehrheit im für die Atomkraftberichterstattung wichtigen Wissenschaftsteil von Kritikern eingenommen wurde. Diese konnten durchaus noch kritische Artikelserien schreiben. Die Mainichi Shinbun war von den drei untersuchten Zeitungen die einzige, in der vor dem Atomunfall von Fukushima trotz gelegentlicher PR-Kampagnen ein kritisches Framing der Atomkraft die Berichterstattung dominierte.

375 Auch eine weitere Journalistin der Mainichi Shinbun sei auf diese Weise unter Druck gesetzt worden.

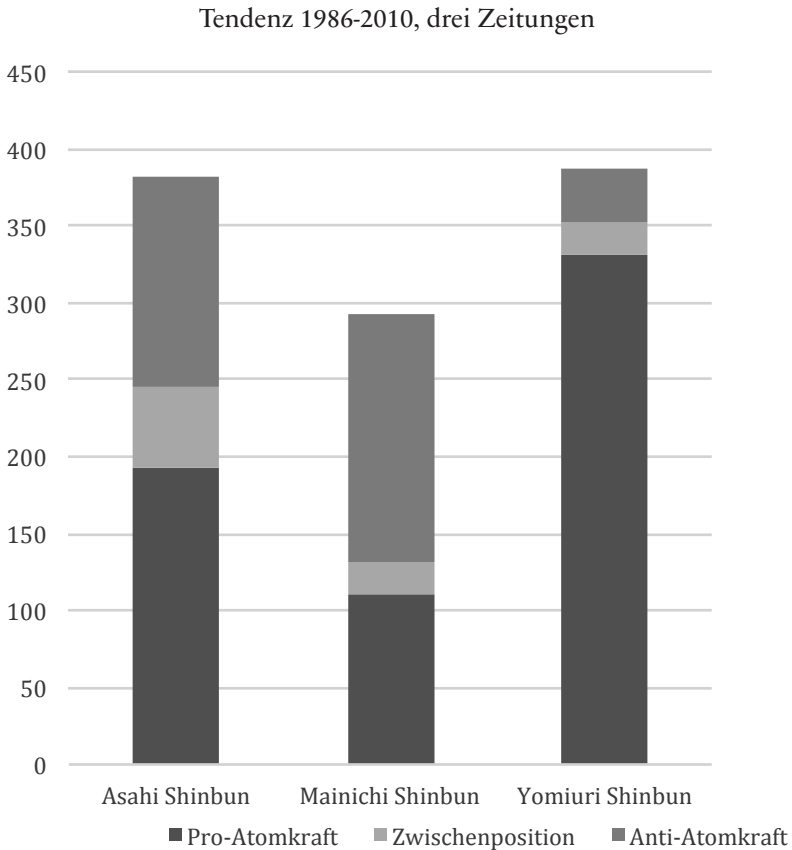


Abbildung 103: Framing in drei Zeitungen, 1986-2010, alle Frames.

Der „Nichtangriffspakt“ zeigt aber, dass es bis 2011 eine klare Grenze gab, die durch die Abhängigkeit der Zeitung von Werbeeinnahmen gesetzt wurde. Im Wissenschaftsteil wurde relativ konsequent kritische Berichterstattung betrieben. Kleinere kritische Serien, die den Großteil der untersuchten Artikel in der Mainichi Shinbun vor dem Atomunfall von Fukushima ausmachten, ließen sich in der relativ offenen Redaktionsstruktur nicht unterbinden.

O. sagt, er habe bei der Mainichi Shinbun angefangen, weil sie die kritischste Position gegenüber der Atomkraft eingenommen habe. Es lässt sich daher auch von einem Verstärker-Effekt ausgehen, der dazu führte, dass sich in der Redaktion weitere atomkraftkritische Journalisten versam-

melten. Gleichzeitig war es durch die Abhängigkeit von Werbeeinahmen (wie in den 1970er Jahren schon) nicht möglich, sich in einer großen Kampagne (wie die Yomiuri Shinbun sie für die Atomkraft durchführte) gegen die Nutzung der Atomkraft zu stellen. Vieles spricht dafür, dass ohne die Einschränkungen der journalistischen Autonomie die Trennung von Umweltproblemen und Atomkraft nicht bestanden hätte und diese nur aus den materiellen Verhältnissen der Nachrichtenproduktion zu erklären ist.

Das Framing nach 2011

Nach dem Atomunfall von Fukushima wurden bei der Mainichi Shinbun relativ viele kritische Reportagen mit Fokus auf den Gründen und Folgen des Unfalls gedruckt. Im Gegensatz zur Asahi Shinbun ergibt sich kein derart großer Umschwung, da das Framing bereits vor dem Atomunfall mehrheitlich kritisch war. Bei der Mainichi Shinbun nimmt der Gesellschaftsteil nach dem Atomunfall von Fukushima die wichtigste Rolle in der Berichterstattung ein.

Die eindeutige Unterscheidung in Teilredaktionen ist hier allerdings schwierig, weil ein Großteil der Berichte von gemischten Recharteams durchgeführt wurde³⁷⁶. Während bei der Asahi Shinbun der Wissenschaftsteil in Tokyo die Hoheit über die Atomkraftberichterstattung an die anderen Redaktionen verlor und die Erzieher kaum noch Einfluss auf die Atomkraftberichterstattung ausübten, war der Umschwung bei der Mainichi Shinbun weniger drastisch. W. betont, dass es nach 2011 einen Konsens über die Notwendigkeit der kritischen Kampagnen über den Atomunfall gab. Gleichzeitig ist das Framing in der Mainichi Shinbun diverser. Die Inhaltsanalyse macht auch deutlich, dass es relativ große Unterschiede im Ton gegenüber der Atomindustrie und der Darstellung des Unfalls innerhalb der gleichen Serien zwischen den Reportagen verschiedener Teams gibt. So scheint es Gruppen zu geben, die innerhalb des Gesellschaftsteils stärker atomkraftskeptische Berichte schreiben (repräsentiert durch investigative Journalisten wie H.), und andere, die eher den Konsens suchen.

376 Für die Zuordnung zu den Teilredaktionen habe ich den Anteil der Journalisten aus einer bestimmten Redaktion an einem Team gezählt und im Falle einer deutlichen Dominanz einer Redaktion (mehr als 70 Prozent der beteiligten Journalisten) das Team zur entsprechenden Redaktion gezählt. Im Falle einer in etwa ausgeglichenen Verteilung habe ich die Redaktionszugehörigkeit der Artikel je nach den jeweiligen Anteilen der Redaktionen kodiert.

Auch nach dem Atomunfall sind einzelne Journalisten an der Berichterstattung beteiligt, die in Beratungsgremien aktiv sind. Es fällt auf, dass in Teams, in denen diese „Konsensjournalisten“ vertreten sind, die Berichterstattung positiver ausfällt.

Tendenz der Frames von Teams mit und ohne Journalisten in Beratungsgremien (2011-2014)

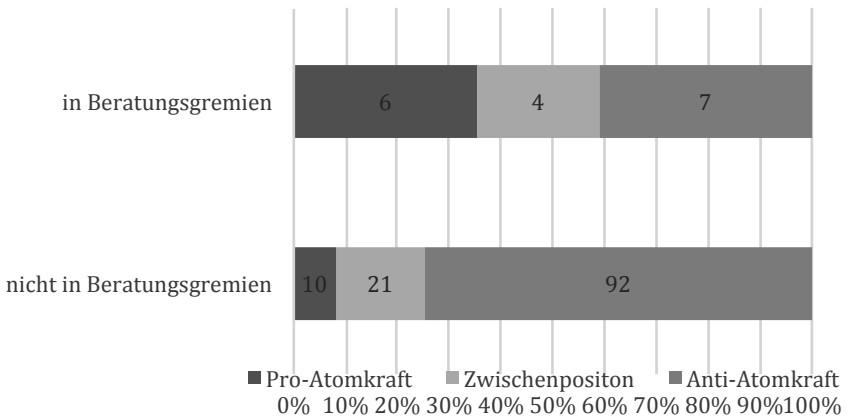


Abbildung 104: Vergleich von Framing durch Teams mit Journalisten, die in Beratungsgremien vertreten sind, im Vergleich zu jenen, aus denen keine Journalisten in Beratungsgremien vertreten sind (Mainichi Shinbun, 2011-2014)³⁷⁷.

Ein Kontrast zeigt sich auch zwischen Teams, in denen der Politikteil vertreten ist, und Teams, die sich ausschließlich aus dem Gesellschaftsteil rekrutieren.

377 Aufgrund der geringen Fallzahlen bei den Journalisten in Beratungsgremien (N=17 Hauptframes) ist Vorsicht geboten bei der Interpretation. Der Trend lässt sich allerdings auch in anderen Zeitungen und über einen längeren Zeitraum nachweisen und stimmt überein mit den Trends aus den Interviews.

Tendenz im Framing nach Teilredaktionen, (2011-2014, Mainichi Shinbun)

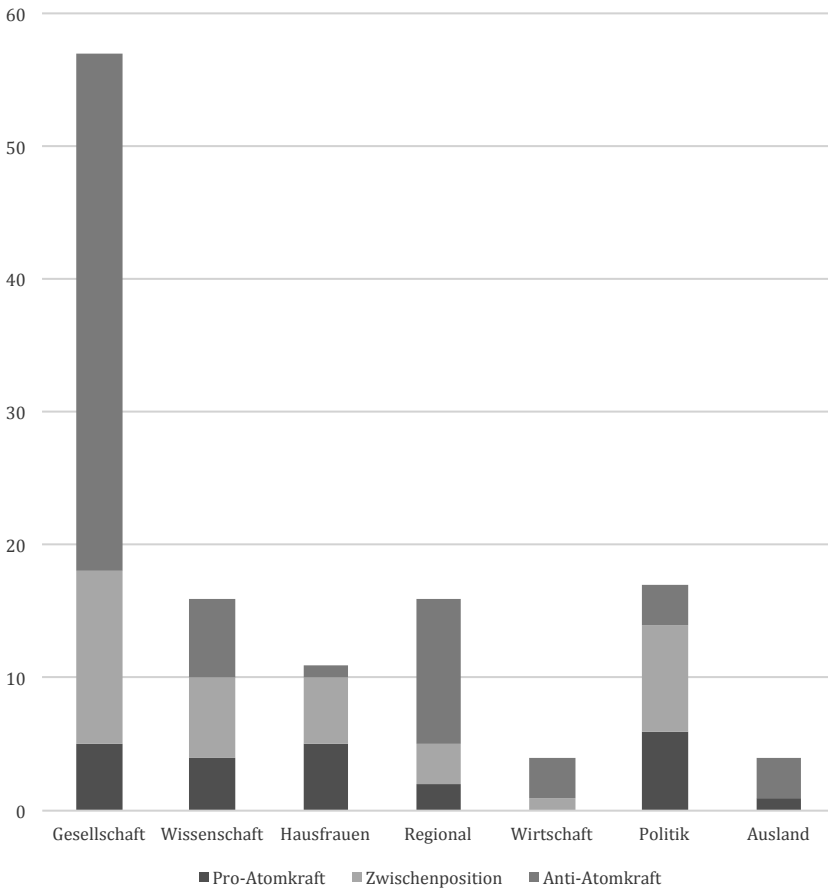


Abbildung 105: Hauptframes in verschiedenen Teilredaktionen der Mainichi Shinbun nach dem Atomunfall von Fukushima. Im Politik- und Hausfrauenteil scheinen Untergruppen von atomkraftfreundlicheren Recherche-teams dominant zu sein.

Die Abbildung zeigt, dass nach dem Atomunfall ein Großteil der Anti-Atomkraft-Frames aus dem Gesellschaftsteil kam. Gleichzeitig waren der Politikteil- und der Hausfrauenteil verhältnismäßig positiv gegenüber der Atomkraft eingestellt. Besonders im Politikteil wurde die DPJ relativ häufig

fig kritisiert, während TEPCO verhältnismäßig positiv (oder gar nicht) dargestellt wurde. Bei den Berichten des Gesellschaftsteils wird dagegen häufiger auf die Verantwortung von TEPCO hingewiesen.

Im Gesamtbild ergibt sich für die Berichterstattung nach dem Atomunfall, dass bei der Mainichi Shinbun weiterhin mehr Diversität im Framing herrscht als bei den anderen Zeitungen, wobei der Gesamttrend auch hier deutlich zu atomkraftkritischer Berichterstattung geht. Die Diversität erklärt sich vermutlich aus der oben beschriebenen Teilung in verschiedene Machtzentren und dürfte letztlich auf die schwache zentrale Kontrolle und die Aktionsstruktur zurückgehen. Viele Journalisten beschreiben deshalb die Mainichi Shinbun als relativ frei (vgl. die Interviews mit Journalisten der Mainichi Shinbun in Tsuchiya 2014 sowie meine Interviews mit Kondō Yoshiaki, Kusakabe Satoshi, und O.). Ein atomkraftkritischer Journalist beschreibt die Mainichi Shinbun als Zeitung der Fraktionen:

„Die Mainichi Shinbun ist eine Zeitung der Fraktionen. Es kommt letztlich auf den Abteilungsleiter an (...). Weil von rechts bis links alles vertreten ist. Es kommt auch vor, dass Druck ausgeübt wird. Wenn einer seine Sympathisanten versammelt und so eine vertikale Linie mit Desk und Abteilungsleiter bildet. Dann kommt das, was derjenige will, in die Zeitung“ (Interview mit Nakamura Makio).

Die Dominanz von Pro-Atomkraft-Frames im Hausfrauenteil lässt sich z.B. durch die Anwesenheit eines Erziehers erklären, der Mitglied in verschiedenen Beratungsgremien ist und schon vor dem Atomunfall Vorträge bei der Atomkommission hielt³⁷⁸.

378 Über den Politikteil lässt sich nur mutmaßen, dass hier enge Verbindungen zur Verwaltung bestehen. Generell zählt der Politikteil bei allen Zeitungen zu den Redaktionen, die sehr enge Verbindungen zur LDP halten (vgl. Kabashima et al. 2010, Feldman 1993). Für die Mainichi Shinbun lässt sich noch festhalten, dass die Initiatorin der pronuklearen Gruppe ETT, Takahara Sumiko, eine ehemalige Politikjournalistin der Mainichi Shinbun war.

Diversität: Hauptframes 2011-2014, Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun

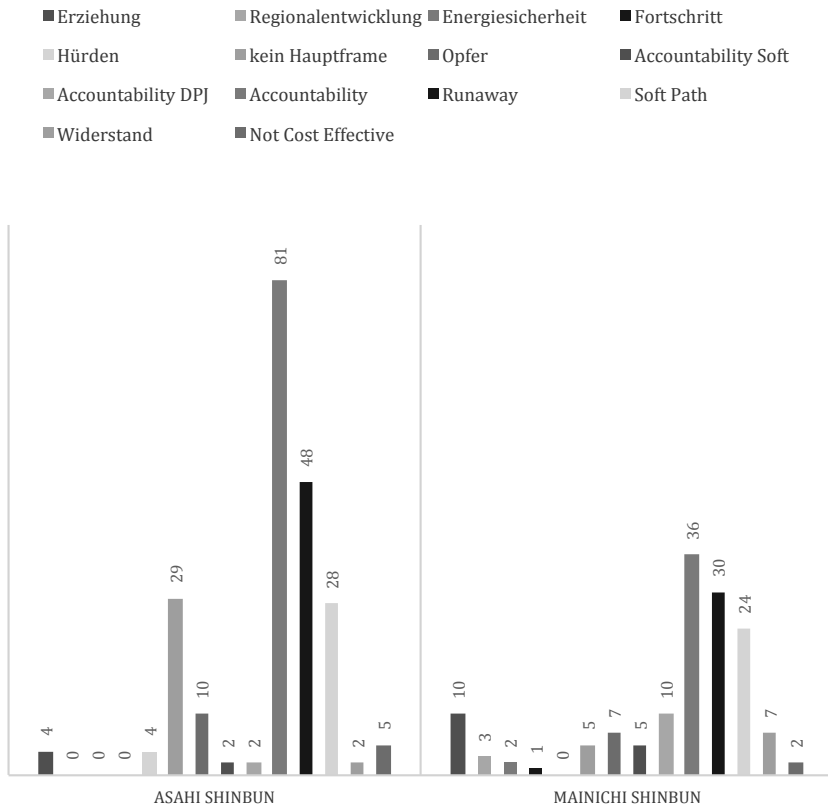


Abbildung 106: Hauptframes in den zwei autonomen Zeitungen Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun, 2011-2014. Die Mainichi Shinbun zeigt eine höhere Diversität an Frames.

11.3. Zusammenfassung: Das journalistische Feld und die Atomkraft

Bis 2011: Der pronukleare Konsens

Der Blick auf das Zusammenspiel von Unterfeldern und Habitus zeigt, dass sich der Diskurs seit den späten 1970er Jahren in von der Atomindustrie gesetzten Grenzen bewegt hat. Die Mainichi Shinbun, die Mitte der 1970er Jahre außerhalb dieser Grenzen agierte, wurde mit Hilfe der Kontrolle durch Werbeanzeigen „eingehegt“. Möglich wurde diese Kontrolle

durch die enge Vernetzung der japanischen Zeitungen mit der staatlichen Verwaltung und der Industrie sowie die außerordentlichen finanziellen Ressourcen, welche die Stromversorger aus dem Preissystem schöpfen.

Das „nukleare Dorf“ baute ein beeindruckendes System zum Management der öffentlichen Meinung auf. Es wurde direkter Druck auf das Management der *Mainichi Shinbun* (und z.B. von Fernsehsendern; Katō 2011) ausgeübt, um unliebsame Journalisten zum Schweigen zu bringen. Einflussreiche gesellschaftliche Gruppen wie Wissenschaftler, Verbraucherinnen und Bewohner der Atomkraftstandorte wurden organisiert, um als Sprachrohre der Atomindustrie zu agieren. Ein ausgefeiltes System zur Informationssammlung mit Daten über einzelne Journalisten wurde angefertigt (vgl. Kusakabe 2012, Shimura 2011). Neben diesen Maßnahmen, die eher auf eine Beeinflussung des Feldes von außen zielen, wurde innerhalb des Feldes eine Gruppe aus Unterstützern aufgebaut. Diese erfüllten die Funktion der direkten Einwirkung auf unerwünschte Inhalte nach dem Muster der „Gruppe über Atomkraftberichterstattung nachdenken!“. Wir haben gesehen, dass diese Art der Einflussnahme, die man als Unterwerfung des journalistischen Feldes beschreiben könnte, in unterschiedlichen Subfeldern unterschiedlich gut funktionierte.

Die Orthodoxie des Feldes, Homologie zwischen Feld und Publikum

Eine förderliche Bedingung für die Heteronomie des Feldes ist ein journalistisches Ideal, das auf Kooperation mit staatlichen Stellen, Erziehung der Bürger und Verbreitung von Entwicklung und Fortschritt beruht. Wir haben in Kapitel 2 gesehen, dass dieses Modell des „Think-Tank-Journalismus“ (Y.) oder „Erziehungsjournalismus“ in Japan eine lange Tradition hat. Die *Yomiuri Shinbun*, die sich ganz diesem Modell verschrieben hat, ist die auflagenstärkste Zeitung in Japan. Auch beim Wissenschaftsteil der zweitgrößten Zeitung *Asahi Shinbun* sind die Anhänger des erzieherischen Journalismus in der Mehrzahl.

Es lässt sich daher fragen, ob sich aus dieser Staatsnähe nicht auch das umgekehrte Verhältnis zwischen Boulevardpresse und Qualitätszeitungen, das sich in Japan zeigt, erklären lässt. In Japan haben die Qualitätszeitungen (deren Kern die drei untersuchten Zeitungen ausmachen) Auflagen bis zum knapp zweistelligen Millionenbereich, während die Boulevardpresse (repräsentiert durch Sportzeitungen und Wochenzeitschriften) eine deutlich geringere Verbreitung findet. Nicht umsonst fragt Laurence (2002) in seiner Rezension der Presseklub-Kritik von Freeman (2000), war-

um die japanischen Zeitungen derart große Leserzahlen haben, wenn sie denn so schlechten Journalismus machen, wie Freeman behauptet. Mit Bourdieu könnte man vermuten, dass dies daran liegt, dass beim erziehenden Journalismus Staatsräson und professionelles Ideal übereinstimmen. Die legitime Kultur des Feldes ist gleichzeitig Staatskultur. Die Dominanz der Qualitätszeitungen wird durch Einbußen an Autonomie erkaufte.

Aus der Homologie zwischen sozialem Raum und journalistischem Feld ergibt sich, dass ein Teil der japanischen Leser von ihrer Zeitung weniger Kritik und investigative Recherchen als Berichte über Regierungsinitiativen und nationalen Fortschritt erwarten. Was die Genauigkeit und Schnelligkeit angeht, mit der Vorgänge in der japanischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft dokumentiert werden, sind die japanischen Zeitungen mit ihren hohen Mitarbeiterzahlen und ihrem weitverzweigten Recherchenetzwerk vermutlich Weltspitze. Die hohe Zahl an Wissenschaftsjournalisten garantiert eine wissenschaftliche Präzision der Artikel, die wahrscheinlich in vielen Ländern unerreicht bleibt. Die japanischen Zeitungen waren und sind exzellent in der wenig konflikträchtigen Funktion als Protokollapparat (einige Beobachter argumentieren, dass die japanischen Zeitungsverlage eher Nachrichtenagenturen ähneln, weil die großen Zeitungen deren Funktionen ebenfalls ausfüllen; Kabashima et al. 2010).

Bei Konflikten wie der Nishiyama-Affäre 1971, als die Mainichi Shinbun unter Druck geriet, weil einer ihrer Journalisten ein „Staatsgeheimnis“ öffentlich gemacht hatte, und der „Asahi-Affäre“ handelt es sich auch um Konflikte eines Journalismus, der sich als kritisch versteht, aber dessen kritische Funktion in der politischen Kultur nicht fest verankert ist.

Ein investigativer Journalist äußert sich z.B. kritisch über die japanische Gesellschaft, von der er denkt, dass sie sich nicht hinter den Journalismus stellt, wenn er von den Machthabern angegriffen wird (Interview mit M.).

In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem offene Konflikte nicht als unverzichtbares Mittel zur Konfliktlösung akzeptiert sind (Pharr 1990), hat es investigativer Journalismus schwer eine Legitimationsgrundlage zu erlangen. Ein Chefredakteur der Sankei Shinbun geht sogar so weit, von einer Herrschaftsverantwortung (*tōchi sekinin*) des Journalismus zu sprechen.

Dieser Konflikt zwischen investigativem Journalismus und politisch-kulturellem Hintergrund zeigt sich auch daran, dass diejenigen Befragten, die stärker aus Eigeninitiative investigative Arbeit leisten, auf ihrem Karriereweg auf diverse Hindernisse stoßen. H. beschreibt sich als Spielverderber (*oniko*) und erhält Beschwerden von Managern der Zeitung, weil er die Integrität der Untersuchungskommission zu Schilddrüsenkrebsfällen der

Präfektur Fukushima mit seinen Enthüllungen in Frage gestellt hat (Interview mit H.).

Ein kritisch ausgerichteter Wissenschaftsjournalist hat seine Arbeit bei der Asahi Shinbun aufgegeben, weil er unzufrieden mit der Ausrichtung des Wissenschaftsteils in Tokyo auf Regierungsverlautbarungen war (Interview mit Soeda Takashi). Nahezu alle Interviewpartner, die investigative und kritische Recherchen zur Atomkraft durchgeführt haben, äußern zumindest eine gewisse Unzufriedenheit mit der Journalistenausbildung und dem auf Polizeijournalismus aufgebauten Personalbewertungssystem in den Zeitungsverlagen. Das System ist nicht darauf ausgerichtet, Kritiker zu erziehen, sondern eher auf die Ausbildung von Protokollanten, wie U. (Interview mit U.) sie nennt:

„Wenn man Behördenmeldungen schreibt, ist man auf der sicheren Seite (...). Diejenigen, die irgendein Ideal des Journalismus oder der Zeitung als Institution der freien Meinungsäußerung mit sich bringen, werden die Realität schnell in Form von Konflikten zu spüren bekommen (...). Menschen, die naive Ideale haben, werden schon frühzeitig aufs Abstellgleis gestellt“ (Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015: 52, 54).

Journalisten, die als „pronukleare Aktivisten“ durchs Land reisen und der Regierung bei der Kontrolle oppositioneller Gruppen helfen, hätten ohne eine gewisse Legitimität der „staatsbildenden Funktion“ von Journalismus keine Existenzgrundlage.

Materielle Produktionsbedingungen von Ideen

Man sollte den kulturellen Aspekt dieser Konflikte aber auch nicht überbewerten. Kapitel 3 und 4 haben gezeigt, dass es starke institutionelle Faktoren gibt, die hinter der prekären Position des kritischen und investigativen Journalismus in Japan besonders in der Atomkraftberichterstattung stehen. Da lässt sich auf gesellschaftlicher Ebene zunächst die langwährende Einparteienherrschaft der LDP und die Existenz eines starken Staates mit mächtiger Bürokratie und enger Vernetzung der Eliten von Wirtschaft, Politik und Verwaltung anführen (vgl. Johnson 1982, Samuels 1987, Silberman 1992).

U.s Klage, dass es schwierig sei, eine nationale Politik (*kokusaku*) zu verändern, weist auf diese enge Vernetzung und relativ starke Kontrolle durch den Staat (genauer durch Netzwerke aus LDP-Politikern, Bürokraten und

Unternehmen) hin. Damit einher gehen Probleme oppositioneller sozialer Bewegungen, eine institutionelle Basis zu etablieren (Pekkanen 2006).

Der „nukleare blinde Fleck“, d.h. die Trennung von Umweltschutz und Atomkraftkritik, den Avenell als Produkt primär ideengeschichtlicher Faktoren beschreibt (Avenell 2012), erscheint bei genauerer Betrachtung des Verhältnisses zwischen journalistischem Feld und den Feldern der Wirtschaft und Politik als mit erheblichem Aufwand aufrechterhaltene Trennung. Dass die Mainichi Shinbun diese Trennung in ihren atomkraftkritischen Kampagnen bereits in den 1970er Jahren aufhob, zeigt, dass bei deterministischen Interpretationen der Verbreitung von Ideen Vorsicht geboten ist. Handfeste materielle Gründe sind die wesentliche Erklärung für die relativ pronukleare Berichterstattung bis 2011.

Erfolge des „nuklearen Dorfes“

Ohne den Druck der Stromversorger auf die Redaktion der Mainichi Shinbun seit den 1970er Jahren und ohne die Übernahme der Macht in der Yomiuri Shinbun durch den Lobbyisten Watanabe Tsuneo wäre die mediale Atomkraftkritik nach der Serie von Skandalen in den 1990er und frühen 2000er Jahren vermutlich deutlich heftiger ausgefallen. Auch so war der Sieg der „pronuklearen Aktivisten“ alles andere als selbstverständlich. Besonders die Berichterstattung der Mainichi Shinbun (aber zu einem gewissen Teil auch der Asahi Shinbun nach der Entmachtung des „Kaisers“ des Wissenschaftsteils, Kimura Shigeru, und der Yomiuri Shinbun vor dem Aufstieg Watanabes) zeigt, dass kritischer Journalismus in den japanischen Zeitungsredaktionen existiert.

Nicht umsonst fürchtete der „pronukleare Aktivist“ N., dass sich *„die Herzen der Japaner von der Atomkraft abwenden“* würden (Gruppe über Atomkraftberichterstattung nachdenken! 1998). Umfragen zeigen, dass in den 1990er Jahren die Zahl derjenigen, die einen Ausbau der Atomenergie befürworteten, abfiel, aber in den 2000er Jahren wieder anstieg (Iwai und Shishido 2015: 183).

Die Abwesenheit von kritischen Serien sogar nach dem Bekanntwerden einer groß angelegten Vertuschungsaktion durch TEPCO 2002 zeigt wiederum den Erfolg der institutionalisierten Medienkontrolle der Atomindustrie mit ihren „Atompromis“, „pronuklearen Bürgergruppen“ und nicht zuletzt den „pronuklearen Aktivisten“ in und außerhalb der Redaktionen, die zur Not auch zu ihren jüngeren Kollegen kamen, um kritische Berichte zu beenden.

Ein Erfolg des nuklearen Dorfes war sicherlich die Schwäche ökonomisch fundierter Kritik an der Atomenergie in Japan. Jasper (1990) betont die Bedeutung von Kritikern aus einer wirtschaftlichen Perspektive („Cost-Benefitters“), die für den Niedergang des Atomprogramms in den USA verantwortlich seien.

Neben dem Fokus auf Wissenschaftsjournalisten war die Einbindung von Wirtschaftsjournalisten deshalb ein primäres Ziel der Atomindustrie. Die größte Zahl von Günstlingen der Atomindustrie, die Jobs und andere Vorteile erhielten, fand sich in den Wirtschaftsredaktionen. Neben der Yomiuri Shinbun finden sich auch in weiteren Redaktionen Pendanten zum Lobbyisten A., die lukrative Posten in der Atomindustrie erhielten. Für welche Dienste sie belohnt wurden, lässt sich anhand der PR-Kampagnen in der Yomiuri Shinbun und des Drucks gegen atomkraftkritische Journalisten in der Mainichi Shinbun ansatzweise erkennen. Der japanische Wirtschaftsjournalismus hat vermutlich eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Dominanz einer positiven Darstellung von Atomkraft in den japanischen Medien gespielt, möglicherweise war er noch wichtiger als die Atomkraftenthusiasten im Wissenschaftsteil.

Der größte Erfolg des *frame-sponsoring* durch das „nukleare Dorf“ war aber vermutlich die symbolische Trennung zwischen Atomkraft und Umweltverschmutzung, der „nukleare blinde Fleck“, von dem Avenell (2012) spricht. Es ist in Japan gelungen, die Anti-Atomkraftbewegung von der Umweltbewegung zu trennen und die Atomkraft als Mittel zum Klimaschutz zu vermarkten. Diese Trennung spiegelt sich heute noch in Konflikten zwischen Umweltgruppen, deren klassisches Thema Klimaschutz war, und der Anti-Atomkraftbewegung wider (Cassegard 2017).

Anders als von Yoshioka (2011) beschrieben, zeichnete sich vor dem Atomunfall von Fukushima ein Sieg der Atomindustrie und -verwaltung mindestens im Bereich der öffentlichen Meinung und der nationalen Politik ab. Eine NHK-Umfrage kam noch 2010 zu dem Ergebnis, dass 68 Prozent der Befragten an die Sicherheit der Atomkraftverwaltung in Japan glaubten. 27 Prozent glaubten, dass die Atomkraft nicht in sicheren Händen sei. 2009 sprachen sich in einer Umfrage 60 Prozent der Bevölkerung für einen Ausbau von Atomkraftwerken aus. Sogar 77 Prozent sprachen sich 2010 für die Notwendigkeit der Atomenergie aus (Iwai et. al 2015).

Das journalistische Feld und die Atomkraft nach 2011

Der Atomunfall von Fukushima brachte die Hegemonie der Atomindustrie in den japanischen Zeitungen zu einem abrupten Ende. Die Praktiken der Stromversorger zur Medienkontrolle wurden plötzlich ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezogen. Eine Welle von Enthüllungen ergoss sich über die Atomindustrie.

Innerhalb des journalistischen Feldes erhielt die Gruppe von Erziehern und Lobbyisten, die vorher weitgehend für die Atomkraft zuständig waren, Konkurrenz durch neue Gruppen. Kritiker und investigative Journalisten übernahmen in den Redaktionen der Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun die Führung. Die Trennung zwischen friedlicher Nutzung der Atomkraft und Atomwaffen wie auch die Werbung für die Atomkraft als „saubere Energie“ verschwanden aus diesen Zeitungen (vgl. Honma 2015). TEPCO war de facto bankrott und die Rekrutierung von „Atompromis“ und andere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit konnten schon aus finanziellen Gründen nicht mehr in dem gleichen Umfang aufrechterhalten werden. Die Redaktion für Sonderberichterstattung der Asahi Shinbun etablierte für eine bestimmte Zeit eine neue Orthodoxie im japanischen Mainstream-Journalismus. Statt der zentripetalen Kräfte gewannen die zentrifugalen Kräfte die Oberhand. Selbst der Chef des konservativen Fernsehsenders Fuji TV wurde zum Fan der Asahi Shinbun und ihrer neuen Art von investigativem Journalismus (Interview mit Satō Osamu).

Vergleich mit anderen Inhaltsanalysen

Die Untersuchung der Frames in den Serien nach dem Atomunfall 2011 stimmt mit anderen Untersuchungen zu den Kommentaren der drei großen Zeitungen nach dem Atomunfall von Fukushima überein. Es zeigte sich eine Polarisierung der Positionen. Bei meiner Untersuchung der Artikelserien zeigt sich, dass die Asahi Shinbun zu einer kritischen Berichterstattung wechselte und damit den kritischen Pol verstärkt hat, an dem vorher nur die Mainichi Shinbun positioniert war.

Die Yomiuri Shinbun blieb bei einer deutlich positiven Darstellung (vgl. Itō Hiroshi 2012, Masukomi Rinri Kondankai Zenkoku Kyōgikai 2011)³⁷⁹. Uesugis (Uesugi und Ugaya 2011) Generalkritik am japanischen Journalis-

379 Der Masukomi Rinri Kondankai Zenkoku Kyōgikai (2011) sieht zusätzlich einen dritten neutralen Pol mit der Nihon Keizai Shinbun und einigen Lokal-

mus, in der er vor allem die Presseklubs kritisiert und argumentiert, dass die japanischen Zeitungen wie die „Mitteilungen der kaiserlichen Heeresleitung“ (*daihon'ei happyō*) berichtet hätten, wird in meiner Untersuchung nicht bestätigt.

Allerdings zeigt sich in den Frames der Artikelserien eine Differenz zu Untersuchungen der unmittelbaren Berichterstattung über den Atomunfall in den Wochen und Monaten danach. Uesugi und Ugaya (2011), Yamada (2012) und Segawa (2012) betonen die Gleichartigkeit der Zeitungsberichte während der akuten Phase des Unfalls und deren hohe Abhängigkeit von Berichten der Regierung und TEPCO. Meine eigene Untersuchung (Weiß 2014) kommt im Fall der *Mainichi Shinbun* zu einem anderen Ergebnis. Insgesamt lässt sich aber wohl sagen, dass es einen Unterschied zwischen der direkten Berichterstattung zur Zeit des Unfalls und den später veröffentlichten Artikelserien besonders bei der *Asahi Shinbun* gab. Dies lässt sich daraus erklären, dass zum Zeitpunkt des Unfalls die Erzieher und Chronisten aus dem Wissenschaftsteil in Tokyo die Kontrolle hatten und die Berichterstattung über Atomkraft dann zu Kritikern und investigativen Journalisten übergegangen ist.

Schließlich lässt sich im Vergleich mit der Fernsehberichterstattung noch festhalten, dass die Zeitungen sehr viel kritischer berichtet haben als die Fernsehsender. Itō Mamoru (2012), Odagiri (2012) sowie der Masukomi Rinri Kondankai Zenkoku Kyōgikai (2011) haben auf die verharmlosende Berichterstattung im Fernsehen während des Unfalls hingewiesen. Auch Yamada (2012) sieht die Fernsehsender als deutlich weniger kritisch. Vieles spricht dafür, dass die Fernsehsender aufgrund ihrer schwächeren Autonomie gegenüber dem ökonomischen Feld (die privaten Fernsehsender) und dem politischen Feld (der öffentliche Sender NHK) sehr viel stärker unter dem Einfluss des „nuklearen Dorfes“ stehen. Dies ist wohl der Grund, warum das „Explosionsventil“ seinen Auftritt ausschließlich im japanischen Fernsehen hatte und nicht in die Zeitungen kam.

Vieles weist darauf hin, dass das journalistische Feld und hier vor allem der Zeitungsjournalismus als entscheidender Motor des Umschwungs der öffentlichen Meinung nach dem Atomunfall von Fukushima in Japan agierte. Nach dem Atomunfall drehte sich das Verhältnis von Stimmen für eine Nutzung der Atomkraft zu Gegenstimmen um.

zeitungen. Die *Tokyo Shinbun* und ihre Muttergesellschaft, die *Chūnichi Shinbun* aus der Region um Nagoya, die in meiner Untersuchung nicht repräsentiert sind, zeigen nach dem Atomunfall die kritischste Position (vgl. Masukomi Rinri Kondankai Zenkoku Kyōgikai 2011, Yamada 2013).

Im Juni 2011 hielten 71 Prozent der Befragten die Verwaltung der Atomkraft in Japan nicht mehr für sicher, nur noch 17 Prozent glaubten an die Sicherheit. Im August 2011 sprachen sich 77 Prozent der Befragten für eine Verringerung der Stromproduktion durch Atomkraft aus, nur noch drei Prozent waren für einen Ausbau (Iwai und Shishido 2015) und 15 Prozent waren für den Erhalt der ungefähr 30 Prozent Atomstromanteil vor dem Unfall.

Auch in der Folgezeit stieg die Zahl der Kritiker weiter. Von Dezember 2011 bis Dezember 2013 stieg die Zahl der Befragten, die einen kompletten Ausstieg befürworteten, von 21 auf 31 Prozent (NHK Hōsō Bunka Kenkyūjo 2014: 16)³⁸⁰. In der Metropolregion Tokyo stieg die Zahl derjenigen, die einen kompletten Ausstieg befürworteten von 13,8 Prozent im Januar 2011 auf 48,8 Prozent 2012 und 52,8 Prozent 2014 (Iwai et al. 2015: 185). Eine deutliche Mehrheit der Japaner sprach sich nach 2011 gegen die Wiederinbetriebnahme von Reaktoren in Wartung aus.

Die „Accountability“ für den Unfall

Dennoch wurde der Wandel der öffentlichen Meinung nicht von einem Umschwung im politischen System und in den Wahlergebnissen begleitet. Der Atomunfall von Fukushima wurde stattdessen zum Grabstein der DPJ. Sie war 2009 als neue Regierungspartei in der japanischen Politik angetreten, um diese transparenter zu machen und *„statt Beton den Menschen ins Zentrum der Politik zu stellen“* (*concrete kara ningen he*; dies war ein zentraler Wahlkampfeslogan der DPJ 2009).

Die DPJ scheiterte vor allem am Framing ihres Krisenmanagements während des Atomunfalls von Fukushima. Mit der Yomiuri Shinbun an der Spitze setzten die Lobbyisten und „pronuklearen Aktivisten“ sich im Framing von Premierminister Kan als von Wutausbrüchen geschütteltem Versager durch, der die fleißigen Arbeiter von TEPCO beim Kampf gegen die Atomkatastrophe behinderte. Die Partei hat sich nicht mehr von diesem Schaden erholt und spielt seitdem bei Wahlen nur noch eine zweitran-

380 2015 fiel die Zahl der Befragten, die einen kompletten Ausstieg wollten, wieder von 31 auf 21 Prozent, die Zahl derjenigen, die den Status quo beibehalten wollten stieg von 21 auf 26 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl derjenigen, die den Anteil an Atomkraft reduzieren wollten von 46 weiter auf 49,3 Prozent (NHK Hōsō Bunka Kenkyūjo 2016: 23).

gige Rolle³⁸¹. Zwar war das Krisenmanagement der DPJ vermutlich alles andere gut. Die Partei enttäuschte viele ihrer Anhänger, die sich einen offeneren und weniger von Hinterzimmerpolitik und Filz dominierten Regierungsstil wünschten.

Dennoch scheint das extrem negative Bild, das von Kan und seiner Regierung vermittelt wurde, nicht gerechtfertigt (vgl. Rövekamp). Es gelang seinen Kritikern die Frage nach der „Accountability“ für den Unfall in ein Bild des Mangels an starker und kompetenter Führung umzumünzen. Dabei wurde von den strukturellen Faktoren wie der Verflechtung von Atomindustrie, Verwaltung und LDP abgelenkt. Dies stellte einen bedeutenden Sieg für das Framing der Atomkraftbefürworter dar und schuf die Bedingungen für den Gegenschlag des „nuklearen Dorfes“ und der Yomiuri Shinbun mit ihrem Modell des staatsbildenden, industrienahen Journalismus.

Der Atomunfall von Fukushima beendete vorerst die Hoffnungen auf eine dauerhafte Etablierung eines Zweiparteiensystems in Japan (die nicht zuletzt in den japanischen Medien viele Anhänger hatte). Seitdem stehen die Zeichen wieder auf Einheit und langfristiger LDP-Einparteienherrschaft (mangels Alternativen). Die Einparteienherrschaft wiederum bringt erhebliche Einschränkungen in der Arbeit einer freien Presse mit sich und macht die Kritik in den Medien gewissermaßen zu einem stumpfen Schwert, weil ihr dadurch der parlamentarische Arm fehlt.

In einer solchen Situation sind die Medien anfällig für Druck aus der Regierung und können letztlich nur an das gute Gewissen der LDP-Mehrheit im Parlament (oder an „die öffentliche Meinung“) appellieren. Der Fall der Redaktion für Sonderberichterstattung 2014 illustriert dieses Problem. In diesem Zusammenhang lässt sich auch auf den dramatischen Abfall der japanischen Bewertung im Pressefreiheits-Index der NGO Reporters without Borders hinweisen. Nach dem Atomunfall von Fukushima fiel die Bewertung Japans von Platz 22 (2010) auf Platz 53 „wegen eines Verbots von unabhängiger Berichterstattung über den Atomunfall“ (Reporters without Borders 2013: 2, 26-27). Bis 2016 fiel Japan noch weiter auf Platz 72 und rangiert jetzt hinter Ländern wie der Mongolei oder Niger.

Zwar existiert kein „Verbot unabhängiger Berichterstattung“ zum Atomunfall, wie von der NGO behauptet, aber seit mit Premierminister Abe Ende 2012 ein ultrakonservativer Medienkritiker an die Macht gekommen ist,

381 2016 fusionierte sie mit der konservativen Oppositionspartei „Ishin no Kai“ und änderte ihren Namen in Minshintō (Partei für Demokratische Erneuerung). Bei der Unterhauswahl 2017 spaltete sich die Opposition weiter auf.

haben sich die Bedingungen für kritische Journalisten deutlich verschlechtert. Die „Asahi-Affäre“ ist Ausdruck dieses Wandels. Die Versuche der Kontrolle des journalistischen Feldes in Japan finden nicht über einfache Mechanismen wie Verbote statt. Vielmehr handelt es sich um Aktionen, die hauptsächlich von privaten Akteuren vorangetrieben werden, möglicherweise aber in Koordination mit Teilen der Regierung wie im Fall der „pronuklearen Zivilgesellschaft“.

In Bezug auf die Atomkraftberichterstattung ist nicht klar, inwieweit die zentripetalen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen und ob sich das negative Framing der Atomkraft wieder ändern wird. Die Technologie hat durch den Unfall auch in Japan ihren Glanz verloren und selbst Erzieher und Chronisten in der Yomiuri-Redaktion sehen es inzwischen als wünschenswert an, die Technologie langfristig nicht weiterzuentwickeln. Andererseits bedeutet die Ausschaltung von Kritikern aus der Asahi Shinbun und die Schwächung der Zeitung eine Trendverschiebung zurück zum harmonieorientierten und erzieherischen Journalismus, den die Yomiuri Shinbun verkörpert.

